

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-500, KL. 838, 837 U. 013

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 17. Dezember 1954

Blatt 2196

## Die Hilfsplätze des Wiener Wintersport-Unfalldienstes

=====

17. Dezember (RK) Die freiwillige Arbeitsgemeinschaft des Wiener Wintersport-Unfalldienstes, der das Rote Kreuz, die Arbeiter-Samariter und der Bergrettungsdienst angehören, wird so wie in den vergangenen Jahren ihren Hilfsdienst trotz der Abtrennung der Randgemeinden im gesamten Wiener Ausflugsgebiet aufrecht erhalten. Es werden heuer sogar 38 Hilfsstellen eingerichtet, die wie bekannt bei Unfällen jedermann Erste Hilfe gewähren.

An folgenden Punkten, die durch Streifendienst im Verein mit der Wiener Polizei verbunden sind, kann Hilfe beansprucht werden:

### Ab Nußdorf (Straßenbahn D):

Eiserne Hand

Gasthaus Hölzl

### Ab Grinzing (Straßenbahn 38):

Häuserl am Berg

Gasthaus Schluche

Krapfenwaldl

Offener Posten, Streifendienst

### Ab Sievering (Straßenbahn 39):

Jägerwiese

Gasthaus

Rohrerwiese

Gasthaus "Grüß di a Gott-Wirt"

Dreimarkstein

Gasthaus "Häuserl am Roan"

Weidlingbach

Offener Posten, Streifendienst

### Ab Neuwaldegg (Straßenbahn. 43):

Hameau

Gasthaus

Rohrerhütte

Gasthaus

Schottenhof

Gasthaus

Sophienalpe

Gasthaus

Ab Ottakring (Straßenbahn J):

Jubiläumswarte Gasthaus

Ab Hütteldorf (Straßenbahn 49, 52, Stadtbahn):

Rieglerhütte Gasthaus

Weidlingau-Sprungschanze Gasthaus Jägerwirt

Mostalpe Gasthaus

Augustinerwald Gasthaus Mauerbachstraße

Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58):

Auerhütte Gasthaus Auerhütte

Himmelhof Sanatorium Himmelhof

Roter Berg Eigene Stelle

Ab Mauer (Straßenbahn 60):

Laab im Walde Gasthaus

Roppersberg Walbergerhütte

Jäger von Dopplerwiese Offener Posten, Streifendienst

Rother Stadl Offener Posten, Streifendienst

Ab Rodaun (Straßenbahn 360):

Bierhäuslberg Gasthaus Franz Senn

Kugelwiese Gasthaus Beran

Kammersteinerhütte Schutzhaus

Ab Kaltenleutgeben:

Talstation (Tel. 17) Gasthaus Arbeiterheim

Wienerwiese (Tel. 17) Gasthaus

Gaisberg (Tel. 17) Gasthaus

Neuweg Gasthaus Sporer

Gießhübl Gasthaus Schmiedel

Langerwiese Gasthaus

Norwegerwiese (Kreuzsattel) Offener Posten, Streifendienst

Biermaier Gasthaus

Ab Unter-Tullnerbach (Westbahn):

Troppberg Gasthaus

Ab Purkersdorf (Westbahn)

Hochramalpe Gasthaus

Ab Strebersdorf (Straßenbahn 132):

Bisamberg Gasthaus Gamshöhe

Ab Simmering - Favoriten:

Laaer Berg

Offener Posten, Streifendienst

Die Arbeitsgemeinschaft ersucht die Wintersportler, durch gegenseitige Rücksichtnahme und diszipliniertes Fahren, besonders auf stark besuchten Wiesenhängen, zur Unfallverhütung beizutragen.

- - -

## Musikveranstaltungen in der Woche vom 20. bis 26. Dezember

=====

17. Dezember (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 20. Dez.	Mozartsaal (KH) 19.00	Bachgemeinde Wien: Weihnachts-Oratorium
Samstag 25. Dez.	Gr.M.V.Saal 19.30	Heinrich Strecker - Kompositions- konzert
	Gr.K.H.Saal 19.30	Radio Wien: Akademie
Sonntag 26. Dez.	Gr.M.V.Saal 11.00	Vortragsabend; Albin Skoda (Rezita- tion), Walter Berry (Gesang), Fried- rich Gulda und Jaques Klein (Klavier)
	Gr.M.V.Saal 16.00	N.Ö. Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittags-Konzert: Gustav Swoboda (Violine), Dirigent Dr. Gustav Koslik (Dvorak, Schmidt, Sibelius)
	Gr.M.V.Saal 19.30	Wiener Symphoniker: Johann Strauß-Konzert, Dirigent Eduard Strauß
	Gr.K.H.Saal 15.30	Radio Wien: Akademie
	Mozartsaal (KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert

- - -

Rindernachmarkt vom 16. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 10 Ochsen, 1 Stier, 3 Kühe, Summe 14. Neuzufuhren Inland: 24 Kühe. Gesamt-auftrieb: 10 Ochsen, 1 Stier, 27 Kühe, Summe 38. Verkauft wurden: 4 Ochsen, 1 Stier, 17 Kühe, Summe 22. Unverkauft blieben: 6 Ochsen, 10 Kühe, Summe 16.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 16. Dezember  
=====

17. Dezember (RK) Unverkauft vom Hauptmarkt: 270 Fleischschweine aus Ungarn. Neuzufuhren Inland: 7 Fleischschweine, Neuzufuhren Ausland: 271, Summe 548. Verkauft wurde alles. Kontumazanlage: 2167 Stück aus Bulgarien, 697 aus Jugoslawien. Ungarische Schweine 13.30 bis 14.- S, bulgarische 13.30 bis 14.- S, jugoslawische 13.40 bis 14. S.

- - -

Verkehrsstörung durch Fahrdrabtbruch  
=====

17. Dezember (RK) Donnerstag, um 16.53 Uhr, ist in der Stadt-bahnstation Schönbrunn ein Fahrdrabt gerissen und auf das Gleis gefallen. Dadurch war der durchgehende Verkehr von der Station Meidlinger Hauptstraße bis Hütteldorfer Straße in beiden Richtungen 63 Minuten lang gestört. Die Züge wurden während dieser Zeit umgeleitet.

- - -

## Wiener Gemeinderat

=====

Debatte über den Rechnungsabschluß 1953

17. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat der Wiener Gemeinderat heute vormittag zusammen, um zunächst über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1953 zu beraten. Vorher wurde Wilhelm Liwanec als Ersatzmann für GR. Franziska Krämer (SPÖ) gewählt. GR. Franziska Krämer hatte mit Rücksicht auf ihre Wahl zum Bundesrat ihr Mandat zum Gemeinderat zurückgelegt.

Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß zunächst Stadtrat Resch über den Rechnungsabschluß 1953 referieren wird. Nachher wird gleichfalls Stadtrat Resch über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 berichten. Nach Erledigung des Voranschlages wird Stadtrat Dkfm. Nathschläger die Bilanzen 1953 der städtischen Unternehmungen und sodann die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen für 1955 referieren.

1953 - Rekordhöhe des Bauaufwandes

Über den Rechnungsabschluß 1953 berichtete nun Stadtrat Resch (SPÖ). Er erinnerte daran, daß er bei der Beratung des Voranschlages für 1953 im Vertrauen auf eine fortschreitende Entwicklung der Wirtschaft Österreichs den Voranschlag damals als ein Budget des Optimismus bezeichnet habe. Der vorliegende Rechnungsabschluß bestätigt nicht nur diese Annahme, sondern übertrifft sie sogar bei weitem. Diese günstige Entwicklung hat es uns daher erspart, die zur Deckung des Gebarungsabganges vorgesehenen Einsparungen und allfällige Rückgriffe auf die Rücklagen vorzunehmen. Die Entwicklung macht es vielmehr möglich, große Beträge für zusätzliche Ausgaben bereitzustellen und so durch die verstärkte Investitionstätigkeit den Wienern mehr Arbeit und mehr Verdienst zu beschaffen.

Es ist kein Zufall, daß sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien Jahr für Jahr günstiger entwickelt als in den übrigen Ländern. Besonders durch unsere Winterarbeitsprogramme kann die Zahl der saisonbedingten Arbeitslosen in Wien immer wesentlich niedriger gehalten werden, als in den anderen Ländern. Im Jahre 1953 ist ein besonders großer Teil der städtischen Einnahmen in der Form von Bauaufträgen an die Wirtschaft zurückgeflossen. Der Anteil des gesamten Bauaufwandes weist die noch nie erreichte Rekordhöhe von 42 Prozent des Gesamtvolumens des Rechnungsabschlusses 1953 aus. Im abgelaufenen Jahr wurden in der Finanzabteilung 737 Anträge auf solche Ausgabenüberschreitungen von zusammen 382 Millionen Schilling bearbeitet. Diese zusätzlichen Ausgaben machen 13 Prozent der gesamten veranschlagten Ausgaben aus. Die Rücklagen, die die Gemeindeverwaltung angelegt hat, geben nunmehr die Möglichkeit, notwendigen Ausgabenüberschreitungen zuzustimmen. Sie gewähren aber auch allen Kontrahenten der Stadt Wien die Sicherheit, daß ihre Rechnungen pünktlich und voll bezahlt werden, was man nicht von allen öffentlichen Körperschaften Österreichs behaupten kann.

Zum Rechnungsabschluß selbst bemerkte der Referent, daß der Rechnungshof wie jedes zweite Jahr die Prüfung auf das nächste Jahr verschoben hat. Daher war es dem Magistrat möglich, die Vorlage der Verfassung entsprechend rechtzeitig im Stadtsenat einzubringen. Die Beratung wurde jedoch verschoben, bis der neue Stadtsenat und der neue Finanzausschuß gewählt waren. Der Rechnungsabschluß war vom 26. November bis 9. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt; zwei Erinnerungen wurden dazu abgegeben.

#### 43 Millionen Überschuß

Die Gesamteinnahmen betragen 3.152 Millionen Schilling, das sind um 463 Millionen mehr als im Voranschlag angenommen. Die Gesamtausgaben machten 3.109 Millionen aus, das sind um 244 Millionen mehr als angenommen. Somit ergibt sich ein Überschuß von 43 Millionen Schilling, um 219 Millionen günstiger als im Voranschlag angenommen, der ein Defizit von 176 Millionen vorsah.

Im Vergleich zum Jahr 1952 ist jedoch der Rechnungsabschluß 1953 nicht so günstig. Der Überschuß 1952 betrug 183,7 Millionen

Schilling, der Überschuß des vorliegenden Rechnungsabschlusses, wie schon gesagt, 43 Millionen.

Stadtrat Resch berichtete sodann über die Verwendung des Überschusses. Zwanzig Millionen Schilling wurden der Dubiosenreserve zugewiesen, 23 Millionen den allgemeinen Rücklagen.

An der Einnahmensteigerung sind beteiligt: Die Ertragsanteile mit 194 Millionen, die eigenen Steuern und Abgaben mit 214 Millionen und die Gebühren und sonstigen Einnahmen mit 56 Millionen Schilling. Von den eigenen Steuern ist vor allem die Gewerbesteuer um 170 Millionen auf 498 Millionen gestiegen, die Lohnsummensteuer um 15 Millionen auf 145 Millionen, die Grundsteuer um 8 Millionen auf 123 Millionen, die Vergnügungssteuer um 12 Millionen auf 59 Millionen. Getränkesteuer und Anzeigenabgabe sind nur gering gestiegen, die Verwaltungsabgaben und Gebrauchsgebühren gleich geblieben.

#### 1.004 Millionen für Investitionen

Bei der Ausgabensteigerung ergibt sich eine Erhöhung des Personalaufwandes um nur 8 Millionen Schilling auf 925 Millionen, eine Steigerung des laufenden Sachaufwandes um 82 Millionen Schilling auf 1.179 Millionen und erfreulicherweise eine Steigerung der Investitionen um 154 Millionen auf erstmalig 1.004 Millionen Schilling (Beifall bei der SPÖ). Hier drückt sich die Gesamttendenz der Wiener Stadtverwaltung aus, die unentwegt bemüht ist, vor allem arbeitsbeschaffende Maßnahmen in möglichst großem Umfang vorzunehmen.

#### Weniger Personal ohne Abbau

Der Personalaufwand ist trotz dem Inkrafttreten der ersten Entnivellierungsetappe am 1. Juli 1953 nur geringfügig angestiegen. Die Gemeinde Wien konnte ohne jede Abbauktion und ohne jede Härte gegen einzelne Angestellte den Personalstand gegenüber dem Vorjahr wieder um volle 336 Personen senken. Hier unterscheiden wir uns, sagt Stadtrat Resch, trotz dem Zunehmen der Verwaltungsaufgaben auch in Wien sehr merklich von anderen Gebietskörperschaften, insbesondere vom Bund, wo unentwegt die Zahl der Angestellten steigt, während es uns durch Rationalisierungsbestrebungen, die wir im Einvernehmen und mit größtem Verständnis der Gewerkschafter vornehmen, wiederum möglich war,

den Personalaufwand durch eine Verringerung der Zahl der Angestellten zu verbessern. Im einzelnen sind die Hauptbezüge um 5,2 Millionen und die Pensionen um 7 Millionen gestiegen, dagegen sind die Nebenbezüge um 3,5 Millionen gesunken.

Auch bei der Steigerung des Sachaufwandes drückt sich die Tendenz der Verwaltung aus, möglichst bauliche Arbeiten zu fördern. Von dem Mehrbetrag von 82 Millionen entfallen allein 52 Millionen für bauliche Erhaltungsarbeiten. Der gesamte Bauaufwand stieg gegenüber dem Vorschlag um volle 210 Millionen auf eineinviertel Milliarden. Einschließlich der Kredite an die Wohnbaugenossenschaften macht er 42 Prozent der Gesamtausgaben aus.

#### Stadt Wien ist schuldenfrei

Der Schuldenstand der Stadt einschließlich aller Unternehmungen ist im Laufe des Jahres 1953 um 15,6 Millionen auf 331,4 Millionen angestiegen. Davon sind 20 Millionen Kredite des Wohnhauswiederaufbaufonds, die die Gemeinde nicht belasten. In der kreditwirksamen Gebarung ist die Gemeindeverschuldung um 4 Millionen gesunken. Die Anleihenschuld betrug Ende 1953 233,6 Millionen, davon die Verschuldung der Hoheitsverwaltung nur 90,6 Millionen. Man kann bei dieser Zahl im Vergleich zu einem Jahresbudget von mehr als 3 Milliarden wohl mit Recht behaupten, daß die Stadt Wien schuldenfrei und damit kreditwürdiger ist als irgendeine andere Gebietskörperschaft dieses Landes. (Beifall bei SPÖ und ÖVP. - GR. Mazur: Warum macht ihr davon nicht Gebrauch?) Der Stand der Rücklagen betrug Ende 1953 685 Millionen und war damit um 47 Millionen höher als zu Beginn des Jahres.

Die Stadt Wien hatte mit dem Stichtag des 31. Dezember 1953 45.150 Hektar Grundflächen in ihrem Besitz. Die Grundfläche der Gemeinde ist im Verlauf des Jahres 1953 wieder um 40 Hektar gestiegen.

#### Kontrollamt: Rationalisierung erfolgreich

In seinem Referat über den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien führt Stadtrat Resch unter anderem aus: Das Kontrollamt anerkennt ausdrücklich, daß die Rationalisierungsbestrebungen der



Stadt Erfolg hatten. Auch das Kontrollamt weist auf die Personalverminderung hin und anerkennt, daß auf diesem Gebiete ununterbrochen in Kleinarbeit Stück um Stück eine Verbesserung der Verwaltung erzielt wird. Das Kontrollamt würdigt auch den großen Anteil des Bauaufwandes an den Gesamtausgaben.

Bei den Krankenanstalten beziehen sich die Beanständungen des Kontrollamtes immer wieder darauf, daß der Abgang so groß sei, daß er auf die Dauer von der Stadtverwaltung nicht getragen werden könne. Der Abgang der Spitäler betrug im Jahre 1953 226 Millionen. Das Kontrollamt anerkennt, daß dieser Abgang nicht durch Rationalisierungen und Einsparungen in den Spitälern hereingebracht werden kann, sondern verweist darauf, daß entsprechende Maßnahmen auf der Einnahmenseite getroffen werden müßten. Hiezu gibt der Berichterstatter seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Gemeinde Wien auch hier schon fast an der Grenze des Möglichen angelangt ist. Keinem Spital und keiner Gemeindeverwaltung in Österreich ist es gelungen, höhere Beträge von den Hauptzahlern unserer Spitäler, den Krankenkassen, zu erreichen als die Stadt Wien. Alle anderen öffentlichen Spitäler warten vielmehr immer auf das Ergebnis der Verhandlungen der Gemeinde Wien. Es muß versucht werden, dieses Problem im Rahmen der öffentlichen Verwaltung und vor allem im Rahmen der Bundesverwaltung zu lösen.

Das Kontrollamt verweist am Schluß seines Berichts darauf, daß alle seine Bemängelungen abgestellt, alle Anregungen sachlich behandelt und womöglich einem Ergebnis zugeführt wurden. Ich kann nur dem Kontrollamt den Dank der Verwaltung aussprechen, erklärt Stadtrat Resch, da es sich wirklich entgegen einer Übung vor 1934 in der Zweiten Republik ehrlich bemüht, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung Verbesserungen durchzusetzen. Dieser Geist der Zusammenarbeit ist es, der es uns immer wieder ermöglicht, in gemeinsamer Arbeit von Verwaltung und Kontrollamt Verbesserungen zu erzielen. Dafür sei dem Kontrollamt von dieser Stelle aus gedankt. (Allgemeiner Beifall.)

Abschließend stellt Berichterstatter Stadtrat Resch u.a. folgende Anträge:

Der Abgang der außerordentlichen Gebarung im Betrage von 78 Millionen ist aus den Mitteln der ordentlichen Gebarung zu decken. Der in der ordentlichen Gebarung verbleibende Überschuß von 23,1 Millionen ist der Allgemeinen Rücklage zuzuführen. Die sonach mit einer Einnahmen- und Ausgaben-summe von je 3.130,8 Millionen schließende ordentliche Rechnung und die mit einer Einnahmen- und Ausgaben-summe von je 99,7 Millionen schließende außerordentliche Rechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1953 werden genehmigt. Der Gemeinderat stellt das dem Rechnungsabschluß beigeschlossene Inventar vom 31. Dezember 1953 auf.

Der Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien wird zur Kenntnis genommen (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

#### Die Debatte über den Rechnungsabschluß 1953

GR.Dr. Soswinski (VO) erinnert an die seinerzeitige Voraussage des Stadtrates für Finanzwesen, wonach der Ertrag der Gewerbesteuer für Wien ein Maximum erreicht hat und erklärt, daß dies unrichtig **war**. Das kommt daher, daß die Profite der Unternehmer gigantisch gewachsen sind und immerhin doch ein verschwindender Bruchteil davon als Steuer bezahlt wird. Freilich betrogen die Rückstände allein an der gemeindeeigenen Gewerbesteuer Ende 1953 für ganz Österreich 596 Millionen. Nimmt man dazu noch die Rückstände an geteilten Steuern, dann ergeben sich Rückstände in der Höhe von zwei Milliarden Schilling. Angenommen, daß Wien davon ein Drittel gebührt, so hätte Wien, wenn diese Profitmacher ihre Steuern zeitgerecht bezahlt hätten, heute über 600 Millionen Schilling mehr in ihren Kassen, und sie hätte längst fällige Investitionen durchführen können, auf die die Bevölkerung unserer Stadt wartet.

In keinem kapitalistischen Land gibt es trotz so niedriger Steuersätze für die Besitzenden so viele Steuerschulden der Besitzenden wie in Österreich.

Sie führen immer so bewegte Klage darüber, daß die USA-Betriebe keine Gewerbe- und Körperschaftsteuer zahlen. Aber das alles könnte schon längst der Vergangenheit angehören, wenn nicht die österreichische Regierung und leider auch der Herr Bürgermeister alle Vorschläge auf Abzug der Besatzungstruppen, Rückgabe der USA-Betriebe und bezüglich Einmischung der Besatzungstruppen abgelehnt hätten. Allerdings wäre dann dieses fette Schwein, diese aufgepöpelte Hetze, längst krepirt. Es wäre sehr interessant, nicht nur den Stand der USA-Schulden mit 17 Millionen per Ende 1953 zu erfahren, sondern auch die Verteilung der restlichen 23 Millionen Steuerschulden. Von den 17 Millionen sind jedenfalls bereits 12 Millionen bezahlt, ebenso auch die laufenden Verbindlichkeiten des Jahres 1954. Es ist nur mehr eine Frage von einigen Monaten, daß diese Schuld zur Gänze bezahlt sein wird. Ich hoffe, daß der Herr Stadtrat nicht verfehlen wird, im Rechnungsabschluß 1954 darauf hinzuweisen.

Es zeigt sich deutlich, daß der Anteil der Ertragsanteile aus geteilten Steuern an den Gesamteinnahmen unserer Stadt ständig zurückgeht. Ebenso ist der Personalaufwand anteilmäßig gefallen. Das zeigt, daß die Löhne und Gehälter der bei der Gemeinde Wien Beschäftigten weit hinter den Lebensnotwendigkeiten zurückbleiben, daß die Löhne um weniger steigen als die Preise.

Redner erinnert neuerlich an die Gefahren übergroßer Kassenbestände und verweist auf die Möglichkeit, mit diesen notwendige große Investitionsvorhaben zu finanzieren.

Er begrüßt das Ansteigen der Ausgaben für das Bauwesen, bemängelt aber, daß die Kriegsschädenbehebung an städtischen Wohnhäusern hinter dem Präliminare zurückgeblieben ist, was er auf größere Beiträge des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds an den "Verein der Freunde des Wohnungseigentums" zurückführt. Besonders kritisiert er, daß eine Ersparnis von 4 Millionen auf den Sektor der Wohlfahrtspflege nicht zu einer Erhöhung der Renten der Gemeindebefürsorgten verwendet wurde.

Auch beim Gesundheitswesen liegt sehr vieles im argen. Vor allem darf sich die Gemeinde Wien nicht zum Stoßhammer gegen die Krankenkassen benützen lassen, da der Bund verpflichtet ist, zur Behebung des Defizites der Krankenanstalten beizutragen. Die Altersheime müssen immer mehr die Funktion von Spitälern übernehmen, haben aber in Wirklichkeit noch lange nicht den Charakter eines Spitals angenommen. Obwohl der Bund für Verbesserung des Straßenwesens einen eigenen Zuschlag zur Mineralölsteuer einhebt, ist seine Beitragsleistung an die Gemeinde Wien zurückgegangen. Diese Mittel wurden dann für das Sonderprogramm Tirol aufgewendet, weil man schon damals die Vorkehrungen an den betreffenden Straßen für den Transport der Atomkanone treffen mußte. Was die Kritik des Kontrollamtes an den Wohlfahrts-Aufforstungen anlangt, würden wir den Reisenden unserer Stadtverwaltung empfehlen, nicht nach Amerika oder Spanien zu reisen, wo sie nichts lernen, sondern eine Studienreise in die Sowjetunion zu unternehmen, wo solche Aufforstungen in einem gigantischen Ausmaß durchgeführt wurden.

Bei den Enteignungen müsse viel energischer vorgegangen werden. Der Finanzreferent möge auch in gesteigertem Maße die Interessen der Stadtverwaltung auf dem Sektor des Schulwesens wahrnehmen. Es gehe nicht an, daß statt der vorgesehenen 5,5 Millionen Schilling nur 3,3 Millionen aufgewendet wurden.

Der Redner kommt sodann auf die Steigerung der Fleisch- und Viehpreise zu sprechen. Er bezeichnet es als eine Unmöglichkeit, daß die Stadt Wien aus ihren gemeindeeigenen Betrieben große Reingewinne erzielt, wie dies zum Beispiel bei den Wiener Fleischwerken der Fall ist.

Abschließend erklärt GR.Dr. Soswinski, seine Fraktion könne dem Rechnungsabschluß nicht ihre Zustimmung geben, da sie damit die Politik der Gemeinde bejahen würde. Den Bericht des Kontrollamtes nehme sie zustimmend zur Kenntnis.

GR.Dkfm.Dr. Fiedler (ÖVP) bezeichnet es als erfreulich, daß man vor den Beratungen des Voranschlages den Rechnungsabschluß des vergangenen Jahres zur Debatte stellt.

Dadurch wird nicht nur den Mitgliedern des Gemeinderates, sondern auch der gesamten Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, einen Überblick über die Finanzgebarung unserer Stadt zu erhalten. Gerade in diesen ziffernmäßigen Berichten spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Es können wichtige und wertvolle Vergleichsmöglichkeiten und Hinweise für die Zukunft gezogen werden. Besonders müsse darauf hingewiesen werden, daß der Rechnungsabschluß mit einem Überschuß, wenn er auch nicht so hoch ist als der des vergangenen Jahres, abschließt. Die Einnahmen waren im ordentlichen Haushalt mit 2.650 Millionen Schilling veranschlagt, die Ausgaben mit 2.732 Millionen, im außerordentlichen Haushalt waren die Einnahmen mit 39 Millionen und die Ausgaben mit 134 Millionen eingesetzt. Der ziffernmäßige Rechnungsabschluß weist nun Einnahmen von 3.153 Millionen auf, dies bedeutet eine Steigerung von 17 Prozent, und Ausgaben von 3.110 Millionen, also einer Steigerung von rund 9 Prozent. Als Überschuß ergeben sich demnach rechnermäßig 43 Millionen Schilling. Hiervon sollen 20 Millionen der Reserve und 23 Millionen als Rücklagen dienen. Diese Zahlen beweisen, daß der Voranschlag übervorsichtig erstellt wurde. Die drei wesentlichsten Einnahmengruppen sind die Ertragsanteile an den gemeinsamen Bundesabgaben, die der Bund an die Stadt und an das Land Wien leistet, ferner die eigenen Landes- und Gemeindesteuern und schließlich die Gebühren und sonstigen Einnahmen. Aus dem Rechnungsabschluß geht hervor, daß die Ertragsanteile um fast 200 Millionen Schilling höher waren als veranschlagt und nach Abzug des Bundespräzipuums 1.093 Millionen Schilling betragen. Auch die Einnahmen aus dem Kulturgroschen und die gemeindeigenen Steuern waren zu niedrig veranschlagt. So betrug zum Beispiel der Ansatz der Gewerbesteuer 329 Millionen Schilling, tatsächlich wurden jedoch 498 Millionen Schilling eingenommen. Der Mehrerlös von 169 Millionen Schilling bedeutet eine Steigerung von über 50 Prozent. Die Gewerbesteuer beeinflußt das Budget bedeutend, da sie die Hälfte der gesamten Gemeinde- und Landesabgaben erbringt. Der Redner verweist darauf, daß er bereits im Jahre 1953 bei Festsetzung der Hebesätze gewisse Erleichterungen für die Kleinst- und Kleingewerbetreibenden verlangt habe. Leider wollte der Finanzreferent damals davon nichts wissen. Er erklärte, daß er bei der

artigen Erleichterungen die Sorge hätte, die vorgesehenen Ertragsziffern nicht zu erreichen. Das vorliegende Ergebnis zeige nun aber klar, daß eine solche Maßnahme, die für viele eine Erleichterung bedeutete, das Budget nicht in Unordnung gebracht hätte. Die Lohnsummensteuer, die eine zusätzliche Gewerbesteuer darstellt, brachte gegenüber dem Ansatz ebenfalls einen um 16 Millionen höheren Erfolg. Auch die Vergnügungssteuer und die Getränkesteuer usw. haben eine Höhe erreicht, die nicht mehr wesentlich überschritten werden kann. Betriebe müssen diese Steuern auch dann zahlen, wenn sie nicht aktiv sind, also mit einem Verlust abschließen. Dr. Fiedler bezeichnet sodann auch die Rücklagen der Stadtverwaltung als zu hoch. Es erscheine ihm zweckmäßiger, mit diesen Beträgen große Projekte zu ermöglichen, als sie brach liegen zu lassen. Die Gemeinde könnte mit diesen Rücklagen eine große Investitionspolitik betreiben. (Beifall bei der ÖVP). Durch die Heranziehung der Kassenbestände sowie durch die in die Rücklagen übergeführten Gebärungsüberschüsse und durch langfristige Kredite könnte eine Basis für ein großes und dringendes Investitionsprogramm geschaffen werden, vor allem auf dem Sektor des Verkehrs. Zweifellos wird die kommende Arbeitsperiode hier dringende Maßnahmen erfordern, die mit großen Investitionen verbunden sein werden. Was einzelne Teilprojekte dieses Investitionsprogrammes betrifft, werden die Sprecher seiner Fraktion die Gelegenheit zu konkreten Forderungen wahrnehmen, deren Realisierung und Durchführung vor allem durch die Beschreitung neuer Wege in der Finanzpolitik dieser Stadt möglich sein muß.

Seine Fraktion gebe dem Rechnungsabschluß 1953 die Zustimmung und nehme den Kontrollamtsbericht zur Kenntnis.

#### Das Schlußwort zum Rechnungsabschluß 1953

Stadtrat Resch beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen von Dr. Soswinski. Sie haben in ihrem Inhalt das gleiche wie seit vielen Jahren gebracht. Nach zwei Richtlinien wird da vorgegangen: Entweder wird lizitiert und alles was die Gemeinde Wien macht, als zu wenig angesehen, oder wenn das schon gar nicht mehr geht, dann sei der Bund an allem schuld.

Im einzelnen bemerkte Stadtrat Resch, daß die Steuer-rückstände des Bundes, zumindest was die Steuern betrifft, an denen die Stadt Wien beteiligt ist, nicht größer geworden, sondern von 5 Prozent auf 3.6 Prozent gesunken sind.

Es sei auch nicht richtig, daß die Dubiosenreserve separat ausgewiesen wird; sie ist vielmehr ein Teil des Überschusses.

Der von dem Redner erwähnte Abgang aus den Fondsanstalten könne nicht vom Bund eingetrieben werden, weil das Deutsche Reich die Verpflichtung, den Abgang zu tragen, übernommen hat. Österreich ist jedoch nicht der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches.

Die 2 Millionen der Sowjetischen Mineralölverwaltung sind nicht ein Teil der Besatzungskosten. Nur die Sowjetarmee und dazu gehört die Mineralölverwaltung keineswegs, hat Anspruch darauf, daß die Besatzungskosten vom Bund vergütet werden.

Die USIA hat in den letzten Monaten tatsächlich auf wiederholtes Drängen des Bürgermeisters die Zahlung der Rückstände aufgenommen, die seit Jahren bestehen. Es ist aber keineswegs so, daß die USIA weniger schuldig bleibt, als die anderen Betriebe und Unternehmungen.

Über den Rückgang der Ertragsanteile, bemerkte Stadtrat Resch, werde er noch in seiner Budgetrede sprechen.

Was das städtische Personal anlangt, so haben die drei Entniveellierungsetappen eine durchschnittliche Erhöhung der Bezüge von 27 Prozent gebracht. Niemand könne sagen, daß die Verteuerung auf irgend einem Gebiet derartige Ausmaße erreichte. Die Bezüge sind auch nicht wegen einer Teuerung erhöht worden, sondern zum Zwecke der Besserung der Lebensverhältnisse der Bediensteten. Auch ist der Anteil der Personalkosten gegenüber den gesamten Ausgaben von 29,7 Prozent im Jahr 1952 auf 33,5 Prozent im Jahr 1955 gestiegen.

Den 4 Millionen, die bei der offenen Fürsorge weniger ausgegeben wurden, stehen dafür um 12 Millionen höhere Aufwendungen in der geschlossenen Fürsorge gegenüber.

Mit Befriedigung stellt der Referent fest, daß bei der Besprechung der Bauangelegenheiten ein bedeutender Fortschritt in der Auffassung der VO über die Leistungen der Stadt Wien zu verzeichnen ist. Unsere Erziehungsmethoden, an denen wir schon fast verzweifelt, sagte Stadtrat Resch, waren also doch von Erfolg gekrönt.

Daß beim Schulmaterial 2 bis 3 Millionen weniger ausgegeben wurden hängt damit zusammen, daß sich der Stadtschulrat über die Einführung neuen Lesestoffes nicht einigen konnte. Deshalb unterbleibt immer wieder die Anschaffung des Lesestoffes. Es handelt sich also um keine Einsparungsmaßnahme.

Die Gewinne bei den Fleischwerken müßten im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft, der Österreichischen Viehverwertungsgesellschaft, gesehen werden. Heute kann von Gewinnen überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Zu der Kritik des Gemeinderates Dr. Fiedler, daß die Einnahmen und insbesondere die Ertragsanteile des Budgets 1953 übervorsichtig erstellt waren, bemerkt der Stadtrat, daß die Gemeinde Wien genau die vom Finanzminister errechneten und bekanntgegebenen Ertragsanteile in das Budget eingesetzt hat. Im Herbst 1952 hätte niemand auch nur daran zu denken gewagt, daß sich im Jahre 1953 eine solche Expansion der österreichischen Wirtschaft ergeben wird. (Gemeinderat Mazur: Das war der Erfolg Raab - Kamitz!) Das hat mit Raab und Kamitz nichts zu tun. Hier haben andere Männer ein größeres Verdienst, vor allem Gewerkschaftspräsident Böhm (Beifall bei der SPÖ) und die leitenden Herren der Kammern, die durch ihren Lohn-Preisstopp damals die Grundlagen geschaffen haben, damit wir in der Nationalbank durch die Krediteinschränkungsmaßnahmen die Voraussetzungen zur Stabilität unserer Währung schaffen konnten. Im Herbst 1952 konnte man die Einnahmen wirklich nicht anders annehmen, als wir sie schon mit Optimismus als möglich erwartet haben. Daß es noch mehr geworden ist, daran haben auch die Leistungen der Unselbständigen dieses Landes ihren wesentlichen Anteil. (Beifall bei der SPÖ. - GR. Schwaiger: Das hat niemand bestritten!)

Zu dem Vorwurf, daß angesichts des höheren Ertrages der Gewerbesteuer der Steuersatz für die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden nicht ermäßigt worden sei, erklärt Stadtrat Resch: Im Jahre 1953 haben die beiden großen Parteien im Parlament über die Reform der Gewerbesteuer verhandelt.



Bei diesen Verhandlungen ist von beiden Seiten auch die Möglichkeit einer Änderung des Hebesatzes erwogen worden. Beide Parteien haben sich damals aber auf einem anderen Weg geeinigt, nämlich die Degression für die kleinen Einkommen bis zu einem Jahresverdienst von 72.000 Schilling auszudehnen. Der Vorwurf, daß die Gemeindeverwaltung auf den Vorschlag einer Ermäßigung der Gewerbesteuer nicht eingegangen wäre, ist abwegig, da über die Gewerbesteuer das Parlament zu beschließen hat. (GR. Mazur: Es geht um den Hebesatz, der von der Gemeinde zu beschließen ist!) Der Hebesatz gilt einheitlich für die gesamte Gewerbesteuer. Man kann uns nicht zumuten, daß wir die Hebesätze auch für die höheren Einkommen herabsetzen und dort Steuerermäßigungen gewähren. Die Steigerung des Aufkommens an Gewerbesteuer ist nur auf dem wesentlich höheren Ertrag zurückzuführen. Man kann nicht verlangen, daß in Zeiten, in denen der Gewerbeertrag steigt, der Prozentsatz der Gewerbesteuer ermäßigt wird.

Hinsichtlich der Rücklagen betont der Stadtrat, niemand könne einem Finanzreferenten deswegen einen Vorwurf machen, weil er sparsam ist. Die Kritiker sollten sich die Behauptung abgewöhnen, daß hier zuwenig geschieht und daß mehr geschehen könnte, indem man sich bemüht, die Einnahmen so schnell wie möglich hinauszupulvern. Die Baukapazität dieser Stadt ist bereits hundertprozentig und darüber hinaus ausgenützt. Es wäre nicht angezeigt, diese Baukapazität auf einem ungesunden Weg zu erhöhen. Abschließend ersucht der Referent um Annahme der Anträge.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß 1953 gegen die Stimmen der Volksoption genehmigt und der Bericht des Kontrollamtes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Nach 20 Jahren wieder gewählte Bezirksvertretungen  
=====

Die ersten Konstituierungen in den Bezirksvorstehungen

17. Dezember (RK) Heute fand in sechs Wiener Bezirken die Konstituierung der neugewählten Bezirksvertretungen, die Wahl der Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahl der Disziplinkommissionen statt. Die Angelobung der Bezirksräte und die Wahl der Bezirksvorsteher nahm in Vertretung des Bürgermeisters der Amtsführende Stadtrat für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Afritsch im Beisein von Senatsrat Dr. Ledl von der Magistratsdirektion vor.

Stadtrat Afritsch verwies in seinen Ansprachen an die Bezirksmandatare darauf, daß Bezirksvertretungen zum letztenmal im Jahre 1932 gewählt wurden. Seither hat sich ein bedeutungsvoller Abschnitt in der Geschichte der Stadt abgewickelt. Mit der Konstituierung der Bezirksvertretungen geht nun auch das seit 1945 bestehende Provisorium zu Ende. Aber auch in den Jahren nach 1945, als die Bezirksräte durch den gewählten Bürgermeister bestellt wurden, blieb das demokratische Prinzip dieser Körperschaften bewahrt.

Als das Grundsätzliche im Aufgabenbereich der nun gewählten Bezirksvertretungen bezeichnete Stadtrat Afritsch die Wahrung und Aufrechterhaltung des Kontaktes der Bezirke mit der zentralen Stadtverwaltung. Abschließend wünschte er den Bezirksvertretungen und den Bezirksvorstehern eine erfolgreiche Tätigkeit. Den besonderen Dank der Wiener Stadtverwaltung übermittelte er allen Frauen und Männern, die in den schweren Nachkriegsjahren mit größter Aufopferung und Hingabe in den Bezirksvertretungen gearbeitet haben.

Nach den Ansprachen von Stadtrat Afritsch gaben die neugewählten Bezirksvorsteher Erklärungen über die Tätigkeit der Bezirksvertretungen ab. Auch die Vertreter der politischen Parteien gaben Erklärungen ab, in denen sie die Bereitschaft zur gedeihlichen Zusammenarbeit zum Ausdruck brachten.

Bei den Konstituierenden Sitzungen, die heute in sechs Bezirken stattfanden, wurden folgende Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt: 1. Bezirk, Bezirksvorsteher Dr. Otto-

Friesinger (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Rudolf Zehetbauer (SPÖ). 2. Bezirk, Bezirksvorsteher Hubert Hladej (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Anton Chytil (ÖVP). 3. Bezirk, Bezirksvorsteher Josef Pfeifer (SPÖ), Bezirksvorsteher-Stellvertreter Karl Cejka (ÖVP). 4. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Ramel (ÖVP), Bezirksvorsteher-Stellvertreter August Bergmann (SPÖ). 5. Bezirk, Bezirksvorsteher Franz Grubeck (SPÖ, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Stefan Grünzweig (ÖVP). 16. Bezirk, Bezirksvorsteher Augustin Scholz (SPÖ, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz Hruby jun. (ÖVP).

Morgen Samstag finden Konstituierungen der Bezirksvertretungen im 7. Bezirk (8 Uhr), im 6. Bezirk (9.30 Uhr) und im 11. Bezirk (11 Uhr) statt, Montag in den Bezirken 9 (8 Uhr), 10 (9.30 Uhr), 12 (11 Uhr), 13 (15 Uhr), 23 (16.30 Uhr) und 14 (18 Uhr).

- - -

#### Die städtischen Bäder in der Weihnachtswoche

=====

17. Dezember (RK) Die städtischen Bäder sind in der Weihnachtswoche zu folgenden Zeiten geöffnet: Mittwoch, den 22. Dezember, von 13 bis 19 Uhr, Donnerstag, den 23. Dezember, von 9 bis 19 Uhr und Freitag, den 24. Dezember, von 7 bis 17 Uhr. Samstag, den 25., und Sonntag, den 26. Dezember, bleiben alle städtischen Bäder geschlossen.

- - -

#### Ein Stück der Landstraßer Hauptstraße wird freigegeben

=====

17. Dezember (RK) Am Dienstag wird die Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk ab Schlachthausgasse für den stadtwärts führenden Verkehr freigegeben.

- - -

#### Pferdemarkt vom 16. Dezember

=====

17. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 10 Pferde, hievon 2 Fohlen. Als Schlächterpferde wurden 6 verkauft. Unverkauft blieben 4 Pferde. Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 1, Oberösterreich 2, Burgenland 4, Salzburg 2.

- - -

## Wiener Gemeinderat

=====

Die Beratungen des Voranschlages der Stadt Wien für das Jahr 1955

17. Dezember (RK) Nach einer halbstündigen Unterbrechung wird am Nachmittag die Sitzung des Gemeinderates mit der Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1955 fortgesetzt.

Über Vorschlag des Vorsitzenden Marek sollen die Budgetverhandlungen im Gemeinderat in folgender Weise abgewickelt werden: Zuerst wird die Generaldebatte verbunden mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Finanzwesen abgeführt. Hierauf erfolgt die Abstimmung über die Ansätze dieser Geschäftsgruppe. Dann folgt die Verhandlung über die Geschäftsgruppe Kultur und Volksbildung, und in weiterer Folge wird über die weiteren Gruppen beraten und abgestimmt werden.

Berichterstatler Stadtrat Resch leitet seine Einbegleitungsrede zum Budget 1955 mit dem Hinweis ein, daß es mit Rücksicht auf die Wahlen und die verspätete Konstituierung des Finanzausschusses und des Stadtsenates nicht möglich war, den Voranschlag termingemäß sechs Wochen vor Beginn des Budgetjahres vorzulegen. Von den Ländern, die im heurigen Herbst Wahlen durchgeführt haben, war nur Wien imstande, sein Budget, wenn auch verspätet, so doch ordnungsgemäß im neu gewählten Gemeinderat beschließen zu lassen, während sich Salzburg mit einem Budgetprovisorium begnügt und in Niederösterreich überhaupt noch nicht bekannt ist, wie die Budgetfrage für das nächste Jahr gelöst werden wird.

Produktion, Produktivität und Beschäftigtenzahl befriedigend

Stadtrat Resch skizziert hierauf die Entwicklung der Wirtschafts- lage im heurigen Jahr und führt hiebei aus: Es ist unbestreitbar, daß sich die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft, die seit dem Lohn- und Preisstoppübereinkommen des Gewerkschaftsbundes mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Ende 1951 und der daraus folgenden Stabilisierung unserer Währung eingesetzt hat, sich auch im Jahre 1954 fortgesetzt hat.

Im heurigen Jahr zeigen sich schon Anzeichen einer Steigerung der Kaufkraft im Inland und damit die ersten Grundlagen einer Mengenkonzunktur, die die Voraussetzung einer dauerhaften Vollbeschäftigung ist. Die industrielle Gesamtproduktion ist in Österreich im Vergleich zu 1937 bereits auf das 2.2fache gestiegen; sie hat gegen 1953 um volle 15 Prozent zugenommen gegenüber 2 Prozent im Jahr vorher. Die Zahl der Beschäftigten hat im heurigen Herbst erstmalig eine Höhe von 2,075.000 erreicht.

Produktion, Produktivität und Beschäftigtenzahl sind also durchaus befriedigend. Unbefriedigend ist nur, daß sich die Steigerung der Produktion ungleich auf dauerhafte Investitionsgüter und auf nichtdauerhafte Konsumgüter verteilt. So hat die Produktion von Investitionsgütern bereits das 2.7fache, die von Konsumgütern aber noch nicht einmal ganz das 1.4fache der Friedensproduktion erreicht. Diese Zahlen zeigen, daß das Volkseinkommen noch immer sehr ungleich verteilt ist. Die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten, die ihr geringes Einkommen fast restlos für Konsumgüter verbrauchen müssen, hat noch lange nicht die Kaufkraft jener Wirtschaftskreise erreicht, die einen großen Teil ihrer Gewinne zur Modernisierung und Erweiterung ihrer Betriebe und damit zur Schaffung von neuen Vermögenswerten verwenden können.

#### Ungleiche Verteilung des Volkseinkommens

Die erhöhte Investitionsrate mag nach den Zerstörungen des Krieges volkswirtschaftlich berechtigt und auch die Voraussetzung einer erhöhten Produktion sein, ihr Preis ist aber der niedere Lebensstandard vor allem der Arbeiter und Angestellten dieses Landes. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Diese ungleiche Verteilung des Volkseinkommens bewirkt aber auch eine Verschiebung der Steuereinnahmen zugunsten des Bundes. Die nur geringfügig ansteigende Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten hält die Steigerung der Einnahmen aus Verbrauchssteuern, an denen Länder und Gemeinde beteiligt sind, in engen Grenzen, wogegen die starke Zunahme von Vermögenswerten die Einnahmen aus den Vermögenssteuern steigert, an denen die Länder und Gemeinden bekanntlich überhaupt keinen Anteil haben. Die Reformen der Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Gewerbesteuer treffen die

Gemeinde in zweifacher Hinsicht. Sie bewirken einerseits ein relatives Sinken der Einnahmen durch die Änderung der Steuersätze und sie bewirken andererseits auch eine Verschiebung der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Bundessteuern zugunsten des Bundes und zugunsten der Länder und Gemeinden.

Stadtrat Resch begründet hierauf diese These im Detail, wobei er darauf verweist, daß die Lohnsteuer und Einkommensteuer gemeinschaftliche Bundessteuern sind und alle sich aus Steuerreformen dieser beiden Steuern ergebenden Nachlässe nur zur Hälfte vom Bund, zur anderen Hälfte aber von den Ländern und Gemeinden getragen werden. Dazu kommt, daß Wien die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer hinsichtlich des Gewerbesteueraufkommens in Wien allein zu tragen hat. Schließlich steigt durch die Einkommen- und Lohnsteuerreform die Kaufkraft und damit auch die Einnahmen aus der Umsatzsteuer. Da diese aber zu zwei Dritteln auf den Bund und nur zu einem Drittel auf die Länder und Gemeinden entfällt, ist dadurch förmlich eine neue Abgabenteilung erfolgt. Letzten Endes kommt dazu noch das Steigen der Vermögensteuer, die aber zu 100 Prozent dem Bund zufällt.

#### Gemeinde Wien hat für Randgemeinden mehr ausgegeben als eingenommen

Das zweite und vielleicht entscheidende Moment ist aber die Ausgemeindung der Randgemeinden. Wenn es uns gelingt, den Sach- und Personalaufwand, der auf die Randgemeinden wirklich entfallen ist, nur in ungefähr dem gleichen Ausmaß aus dem Budget wieder herauszubringen, dann, davon bin ich überzeugt, wird die finanzielle Lage dieser verkleinerten Stadt Wien besser sein, als sie in Groß-Wien war. Ich bin überzeugt, daß die Steuerkraft des verbleibenden Wien durch den Wegfall der Randgemeinden mit ihrer nur sehr geringen Steuerkraft nunmehr ungleich stärker geworden ist. Wir haben in all den Jahren vorher für die Randgemeinden mehr ausgegeben, als wir dort eingenommen haben. Heute gibt es keine einzige Beschwerde mehr, daß wir in den Randgemeinden zu wenig gemacht hätten. Heute zerbrechen sich unsere Nachfolger den Kopf darüber, wie sie aus den Einnahmen dieser Gemeinden auch nur annähernd das leisten werden, was die Stadt Wien für sie getan hat. (Zustimmung bei den Sozialisten.)

Keine neue Steuern - aber auch keine Steuerherabsetzung

Zum Voranschlag selbst ist zu sagen, daß die Änderung in der Geschäftsteilung darin nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Er werde jedoch dort, wo Änderungen vorgenommen wurden, auf diese aufmerksam machen. Ein Vergleich des Voranschlages mit den vergangenen Jahren sei sehr schwer, da sich durch Abtretung der Randgemeinden Verschiebungen ergeben haben, die die Ansätze ungefähr um 9 Prozent senken. Diese perzentuelle Verminderung wirkt sich jedoch in den einzelnen Gruppen ganz verschieden aus. Es muß auch festgestellt werden, daß bei der Erstellung des Voranschlages die Bundesansätze restlos übernommen wurden. Bei den gemeindeeigenen Einnahmen wurden die Ansätze nach dem letzten Ergebnis errechnet. Es ist ferner keine Erhöhung oder Schaffung neuer Steuern vorgesehen, aber auch keine Herabsetzung. Die Gemeinde müsse ihr Budget jedoch vorsichtig erstellen, weil die Gemeindefinanzen schwächer, die Bundesfinanzen aber stärker geworden sind. Solange die private Wirtschaft die Vollbeschäftigung nicht sichern kann, brauche die Gemeinde die nötigen Mittel, um öffentliche Investitionen durchführen zu können und um eine Wirtschaftskrise zu vermeiden. Darum wurde auch der Verwaltungsaufwand möglichst niedrig gehalten und der Personalstand verringert.

Die Gesamteinnahmen wurden um 178 Millionen Schilling höher angesetzt und betragen 3.078 Millionen Schilling, was einer Steigerung um 6.2 Prozent gleichkommt. Die Ausgaben sind mit 3.368 Millionen Schilling angesetzt, das sind um 278 Millionen oder 9 Prozent mehr als im letzten Voranschlag. Der Abgang beträgt 290 Millionen Schilling, also um 101 Millionen mehr als im heurigen Jahr. Der Abgang macht somit 8.6 Prozent des Budgetvolumens aus und wird voraussichtlich einen großen Teil der Rücklagen aufzehren. Es konnte in diesem Budget auch noch keines der großen Bauvorhaben aufgenommen werden, die der Bürgermeister in seiner Antrittsrede in Aussicht gestellt hat, und zwar deswegen nicht, weil ja zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets diese Vorhaben noch nicht bekannt waren und dann auch ohne Vorbereitung nicht aufgenommen werden konnten.

Die Einnahmen setzen sich zusammen aus den Ertragsanteilen in der Höhe von 939 Millionen, den eigenen Steuern und Abgaben von 875 Millionen Schilling, den Gebühren und sonstigen Einnahmen von 953 Millionen Schilling, Darlehen von 32 Millionen Schilling und Wertdurchführungen von 277 Millionen Schilling. Die Ertragsanteile stiegen um 8 Millionen Schilling, dies kommt jedoch nur gegenüber dem Voranschlag, nicht aber im Vergleich zum Erfolg 1954 zum Ausdruck. Diese Steigerung hat ihre Ursache in den höheren Ansätzen der gemeinschaftlichen Bundessteuern. Vergleicht man die Ertragsanteile gegen den voraussichtlichen Erfolg 1954, wird das Ergebnis ungünstiger. Für 1954 werden die Ertragsanteile 1.038 Millionen betragen, im Voranschlag 1955 jedoch 939 Millionen. Sie werden also gegen den voraussichtlichen Erfolg des heurigen Jahres um 99 Millionen niedriger sein. Das ist der Rückgang, der sich durch den Wegfall der Randgemeinden und durch die Auswirkung des Finanzausgleiches ergibt.

#### Der Finanzausgleich

Zum Finanzausgleich ist festzustellen, daß es sich hier um ein einfaches Bundesgesetz handelt, das vom Nationalrat ohne Heranziehung einer anderen Körperschaft beschlossen werden kann. Es entspricht nur einer alten und bestimmt berechtigten Forderung, daß die Gebietskörperschaften, die an diesem Finanzausgleich interessiert sind, sich vor der Beschlußfassung im Parlament besprechen und versuchen, gemeinsam das zu erreichen, was für sie am zweckmäßigsten ist und dann im Parlament als neuer Finanzausgleich empfohlen werden kann. Sollte ein Versuch gemacht werden, die Gemeinden von diesen Verhandlungen auszuschließen, werden diese energisch und geschlossen Widerstand leisten. Der Bund hat bereits im Mai eine Vorlage vorgelegt, bei der der Finanzausgleich auf völlig neuer Grundlage vorgenommen werden sollte. Es wurde vorgeschlagen, den Ausgleich für drei Jahre abzuschließen. Weiter forderte der Bund, daß die Gewerbesteuer gemeinschaftliche Bundessteuer werden sollte, daß der Anteil des Bundes an der Umsatzsteuer statt von bisher 50 Prozent auf 54 Prozent erhöht werden.



Ferner wurde eine Änderung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zugunsten der kleinen Gemeinden vorgeschlagen. Der Bund bot hierfür den Wegfall des Bundespräzipiums von 700 Millionen Schilling, ferner, daß die Gemeinden an der Bier- und Weinsteuer, die bis jetzt ausschließlich dem Bund gehörten, mit 20, bzw. 25 Prozent beteiligt werden. Auch die 20prozentige Landesumlage, von der Wien jedoch nicht betroffen ist, sollte wegfallen. Vorgeschlagen wurde ferner ein Länderausgleich zu Ungunsten Wiens.

#### Anschlag auf die Steuerautonomie der Gemeinden

Durch all diese Maßnahmen hatten alle Gemeinden, alle Länder auf Kosten Wiens Vorteile gehabt. Die Lage der Vertreter unserer Stadt war nicht leicht. Es wurde mit den Städten und Industriegemeinden verhandelt und diesen klargemacht, was hinter den Vorschlägen des Bundes steht. Es sollte damit vor allem das Bundespräzipium verewigt werden. Außerdem ist dieser Vorschlag des Bundes ein überaus gefährlicher Anschlag auf die Steuerautonomie der Gemeinden. Wenn die Gewerbesteuer, die heute das Rückgrat aller Gemeindefinanzen ist, einmal gemeinschaftliche Bundessteuer wird, ist es nicht mehr weit zu der Herausnahme der anderen Gemeindesteuern aus der Gemeindeautonomie. Die finanziellen Auswirkungen dieses Vorschlages bezeichnet der Referent als geradezu ruinös. An Hand verschiedener Zahlen weist Stadtrat Resch nach, daß der Bund nicht wie er angibt 600 Millionen Schilling als 50prozentigen Anteil der Gewerbesteuer erhalten würde, sondern 750 Millionen Schilling. Der Bund hätte also bei richtiger Berechnung seines Vorschlages nicht 1,7 Millionen verloren, sondern 150 Millionen Schilling gewonnen. Die Gemeinden ohne Wien hätten nicht 51 Millionen gewonnen, sondern 50 Millionen verloren und Wien hätte nicht 79 Millionen, sondern volle 130 Millionen verloren. Mit dieser Darlegung wurde erreicht, daß der Städtebund einstimmig diese Vorschläge des Bundes abgelehnt und beschlossen hat, den kleinen Landgemeinden beim diesjährigen Finanzausgleich entgegenzukommen. Es soll eine Verbesserung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels vorgenommen werden. Weiter soll der Gewerbesteuerausgleich zugunsten der Wohngemeinden verbessert und ein Gewerbesteuer-spitzenausgleich geschaffen werden. Nach der Verbesserung

des Bevölkerungsschlüssels werden Gemeinden bis zu 1000 Einwohnern um 9,2 Millionen Schilling mehr erhalten, Gemeinden von 1001 bis 2.500 Einwohner um 29,5 Millionen und die restlichen 333 Gemeinden mit über 2.500 Einwohnern werden 38,7 Millionen Schilling verlieren, davon allein Wien 19,3 Millionen. Ferner ist vorgesehen, daß die Wohngemeinden nun schon bei fünf Beschäftigten statt wie bisher bei 15 Anspruch auf den Gewerbesteuerausgleich haben. Der Jahreskopfbetrag wurde von 130 auf 150 Schilling erhöht. Das finanzielle Ergebnis kann nicht annähernd errechnet werden, Wien wird jedoch ziemlich stark betroffen sein.

Mit dem Gemeindeverband wurde auch ein Gewerbesteuerspitzenausgleich ausgehandelt, der jedoch Wien nicht berühren wird. Dann ist bei den Verhandlungen mit dem Bunde noch durchgesetzt worden, daß für die neugebildeten Randgemeinden, um ihren Aufbau zu erleichtern, für 1955 bei der Aufteilung der Ertragsanteile der alte Bevölkerungsschlüssel angewendet wird. Die Randgemeinden werden also bei der Verteilung der Ertragsanteile so behandelt, als ob sie noch ein Bestandteil Wiens wären.

Endlich wurde auch ein Bundeszuschuß von 50 Millionen Schilling für die Spitäler Österreichs erreicht, der hoffentlich nur einen ersten Schritt bedeutet. Für Wien wurden 25 Millionen Schilling im Budget aufgenommen. Schließlich erhalten jene Länder und Gemeinden, die ein eigenes Theater betreiben, einen Bundeszuschuß in der Höhe von 10 Millionen Schilling.

Die eigenen Abgaben sind um 57 Millionen gestiegen, davon allein die Gewerbesteuer um 56 Millionen auf 470 Millionen. Durch die Rückgliederung der Randgemeinden ergibt sich bei der Grundsteuer jedoch ein Rückgang von 10 Millionen Schilling.

Ein Vergleich mit dem Jahre 1954 ergibt Einnahmen von 979 Millionen Schilling an eigenen Abgaben gegenüber 875 Millionen im Voranschlag 1955. Die Mindereinnahmen betragen also 104 Millionen, wieder eine Folge des Wegfalles der Randgemeinden.

Die Gebühren und sonstigen Einnahmen erhöhen sich um 114 Millionen, in der Hauptsache durch den Wohnbauförderungsbeitrag des Bundes und durch den Spitalzuschuß.

Die Ausgabengliederung des außerordentlichen und ordentlichen Voranschlages zeigt einen Personalaufwand von 1.093 Millionen Schilling, um 113 Millionen mehr. Der laufende Sachaufwand beträgt 1.329 Millionen, um 133 Millionen mehr. Für Investitionen sind 945 Millionen vorgesehen, um 33 Millionen mehr.

#### Die Budgets der Verwaltungsgruppen

Der Gesamtaufwand der Verwaltungsgruppe I, Personalwesen, ist um 113 Millionen oder 11.1 Prozent gestiegen. Bei Berücksichtigung des Wegfalles der Randgemeinden ergibt sich eine Erhöhung des Personalaufwandes von 14 Prozent für den gesamten Wiener Magistrat. Der Personalstand beträgt **für 1955** 33.135 Bedienstete, um 1.334 weniger. Die Zahl der Pensionisten macht 14.060 aus, um 185 mehr. Der Anteil am gesamten Aufwand beträgt 33.5 Prozent. Mit der Durchführung der dritten Etappe der Entnivellierung ab 1. Juni wird eine 27prozentige Gehaltserhöhung abgeschlossen sein. Damit sind die Bezüge der öffentlichen Angestellten an die der Privatangestellten angeglichen.

Bei der Verwaltungsgruppe II, Finanzwesen, steigen die Ausgaben um 143 Millionen. Im einzelnen erhöhen sich Darlehen und Betriebskredite um 30 Millionen auf 50 Millionen Schilling, die Wohnbaudarlehen von 50 Millionen auf 100 Millionen Schilling; dies, weil der Bundes- Wohn- und Siedlungsfonds mehr Geldmittel als bisher zur Verfügung stellen wird und die Gemeinde hier kein Hindernis sein will. Für die Wohnbauförderung sind 105 Millionen Schilling eingesetzt.

Bei der Verwaltungsgruppe III, Kultur und Volksbildung, ergeben sich wesentliche Änderungen durch die Aufnahme der gesamten Schulverwaltung. Ein Vergleich auf der alten Grundlage zeigt eine Ausgabensteigerung von 31 Millionen Schilling auf 94 Millionen Schilling; der höchste prozentuelle Zuwachs im gesamten Budget. Für das Museum der Stadt Wien sind sechs Millionen vorgesehen, für die Stadthalle 40 Millionen und für die Aufstockung des Stadions acht Millionen Schilling.

In der Schulverwaltung sind Gesamtausgaben von 106 Millionen budgetiert, um 2 Millionen weniger, weil die Handelsakademie und Handelsschulen an die Kammer der gewerblichen Wirtschaft zurückgegeben werden; weiter sind durch die Ausgemeindung 485 Schulen mit 498 Klassen und 14.610 Schülern verloren gegangen. Trotzdem sind für Schulneubauten 15,5 Millionen Schilling vorgesehen, um eine halbe Million mehr. Das Gesamtbudget der Verwaltungsgruppe III mit 206 Millionen Schilling hält somit jeden Vergleich mit irgend einem anderen Kulturbudget anderer Städte oder Länder aus (Beifall bei der SPÖ).

In der Verwaltungsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, sind die Ausgaben um 12 Millionen Schilling auf 392 Millionen trotz dem Wegfall der Randgemeinden gestiegen. Der Bau von vier begonnenen Kindergärten wird fortgesetzt, 10 neue Kindergärten werden zu bauen begonnen. Die Ausgaben in der offenen Erwachsenenfürsorge sind um 5 Millionen auf 77,8 Millionen gesunken, und zwar wegen der geringeren Zahl der Befürsorgten. Dagegen sind in der geschlossenen Erwachsenenfürsorge die Ausgaben um 12 Millionen Schilling auf 90,5 Millionen Schilling gestiegen.

Die Gesamtausgaben der Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, haben sich um 35 Millionen auf 507 Millionen Schilling erhöht. Das Anstaltenamt, das die Erziehungs-, Obdachlosen- und Altersheime sowie die Krankenanstalten umfaßt, rechnet mit Gesamtausgaben von 655 Millionen und reellen Einnahmen von 304 Millionen, sodaß sich ein tatsächlicher Abgang von 351 Millionen Schilling ergibt. Das sind um 22 Millionen mehr als im Voranschlag 1954. Die Ausgaben steigen also trotz dem Wegfall von Mödling und Klosterneuburg, und zwar wegen des Personalaufwandes vor allem aber wegen der hohen Kosten für Medikamente.

Im Bauwesen, den Gruppen VI und VII, ergeben sich in der Geschäftseinteilung einige Veränderungen. Die Abteilungen für Kanalisation, Wasser und Bäder von der Gruppe VI, die Wäschereien, Fuhrpark und Straßenpflege von Gruppe VII kommen zur neuen Gruppe VIII. Die öffentliche Beleuchtung wechselt von Gruppe VI zur Gruppe VII. Ein Vergleich auf der alten Grundlage ergibt einen Gesamtaufwand von 1.077,7 Millionen Schilling, um 5 Millionen weniger.

Auch hier ist der Wegfall der Randgemeinden die Ursache, ferner die Verminderung des Ansatzes für den Wohnungsbau. 1954 waren dafür 520 Millionen vorgesehen, 1955 sind es 490 Millionen. Dafür gibt die Stadt Wien höhere Gemeindegzuschüsse für Genossenschaftsbauten und Beiträge zur Wohnbauförderung. Es zeigt sich deutlich eine Verschiebung vom sozialen Wohnungsbau zum genossenschaftlichen Wohnungsbau. Im einzelnen rechnet Stadtrat Resch im kommenden Jahr mit dem Bau von garantiert mindestens 6.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, ferner 3.300 Wohnungen in genossenschaftlichen Bauten und 1.000 Wohnungen auf den Mitteln der Wohnbauförderung, zusammen also 10.300 Wohnungen (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Dazu kommen der Wiederaufbau von Wohnungen, die öffentlichen Bauten des Bundes und die Bauten aus dem Wohnungseigentum sowie die Privatbauten, sodaß sich die Frage ergibt, ob die vorhandene Baukapazität ihre Aufgaben ohne ungesunde Ausdehnung überhaupt erfüllen können wird. Der Gesamtbauaufwand ist für das kommende Jahr mit 1.240 Millionen veranschlagt, das sind 36,8 Prozent des Budgetvolumens 1955 (Beifall bei der SPÖ). Gegenüber 1954 ergibt sich trotz geringerem Gebietsumfang eine Steigerung von 216 Millionen.

Im einzelnen sind für den Straßenbau 76 Millionen Schilling vorgesehen, um 7 Millionen mehr, davon allein für Praterstern und Opernkreuzung 25 Millionen. Für Kanalisation sind 38 Millionen Schilling veranschlagt, um 2 Millionen mehr, für die Wasserwerke 106 Millionen, um 7 Millionen mehr, für die öffentliche Beleuchtung 15,5 Millionen, um 800.000 Schilling mehr, für die Gärten 42 Millionen, um 8 Millionen mehr, für die Bäder 35 Millionen, um 2 Millionen weniger, für die Friedhöfe 28 Millionen, um 2 Millionen mehr.

Die Gesamtausgaben der neuen Verwaltungsgruppe Öffentliche Einrichtungen betragen 332 Millionen. Das Wohnungswesen ist mit 139 Millionen fast unverändert veranschlagt. Die Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten mit dem zentralen Beschaffungsamt erfordert 78 Millionen. Für die Allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten sind schließlich 116 Millionen Schilling präliminiert.

Zu den "Erinnerungen", die die Bevölkerung zum Budget im Rathaus abgeben kann, bemerkt der Berichterstatter: Wir würden uns sicher freuen, wenn in der Bevölkerung Wiens wirklich mehr Interesse für die Zahlen bestehen würde, die schließlich das wirtschaftliche Schicksal dieser Stadt bestimmen, wir können uns aber nicht darüber freuen, daß hier gerade jene Partei, die in den kommunistisch verwalteten Ländern die Mitwirkung der Bevölkerung hundertprozentig ablehnt, den Anschein zu erwecken versucht, als ob ihre demokratische Einstellung besonders mustergültig und nachahmenswert wäre (Zustimmung bei der SPÖ).

#### Ausblick auf das kommende Jahr

Abschließend führt Stadtrat Resch aus: Trotz dem Verlust von 150.000 Steuerzahlern und von fast zwei Dritteln unserer Bodenfläche konnten wir ein Budget erstellen, dessen Einnahmen- und Ausgabenansätze höher sind, als sie 1954 für Groß-Wien waren. Neben der höheren Steuerkraft der verbliebenen Stadtteile verdanken wir dieses erfreuliche Ergebnis der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung unserer Stadt, zu der die öffentlichen Investitionen der Gemeinde Wien einen bedeutenden, nicht mehr wegzudenkenden Beitrag geliefert haben (Beifall bei der SPÖ).

Mit der Erfüllung dieses Voranschlags werden wir den Wiederaufbau unserer Stadt zu einem großen Teil beendet haben. Wir haben noch Wiederaufbauten in den Spitälern, bei den zerstörten Brücken, bei Schulen, der Feuerwehr und bei alten Gemeindehäusern durchzuführen. Wenn auch diese fast letzten größeren Aufgaben für den Wiederaufbau vollbracht sein werden, werden wir die Finanzkraft unserer Stadt in viel größerem Ausmaß als bisher der Lösung der vielen noch offenen Probleme zuwenden können. Dies gilt für die selbstverständliche Fortsetzung des Wohnungsbaues, für die Assanierung von sanitär oder verkehrstechnisch nicht mehr tragbaren Stadtvierteln, für die Kreditaktion zur Modernisierung von alten Wohnungen, für den Neubau der Kliniken und für die noch ungelösten Verkehrsprobleme sowie für viele langjährige Wünsche der Bevölkerung, die bisher leider noch nicht ihre Erfüllung erfahren konnten.

Allen diesen neuen Vorhaben ist aber gemeinsam, daß sie nicht ohne gründlichste Vorbereitung und Planung und nicht ohne gründlichste Prüfung ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkung auf die Wirtschaftslage dieser Stadt in Angriff genommen werden können.

Es wird daher die erste Aufgabe der Verwaltung im kommenden Budgetjahr sein, für die neuen Aufgaben in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit und ihrer finanziellen Durchführbarkeit die vorbereitenden Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen. Hiezu werden die besten Fachmänner heranzuziehen und ihr Rat einzuholen sein. Reichen die vorhandenen Mittel zur Durchführung solcher notwendigen Maßnahmen nicht aus, so ist die Gemeinde selbstverständlich bereit, durch die Aufnahme von Krediten die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Leider hindert die noch immer andauernde Besetzung unseres Landes die Kreditinstitute anderer Länder an der Gewährung von Krediten für das arme besetzte Österreich. Obwohl Wien im heurigen Jahr den Anleihendienst für alle seine Auslandsanleihen mit seinen Gläubigern restlos geregelt hat, ist keine der mit uns in Verbindung stehenden ausländischen Banken bereit, uns derzeit, solange wir besetzt sind, Kredite zu gewähren. Dies gibt leider den österreichischen Geldinstituten die Möglichkeit, ihre hohen Konditionen aufrechtzuerhalten.

Die Wähler dieser Stadt haben den zwei großen Parteien des Gemeinderates, insbesondere aber der größten Partei, die auch den größten Teil der Verantwortung zu tragen hat, neuerlich das Vertrauen zu ihrer bisherigen Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung ausgesprochen. Ich fasse, sagt Stadtrat Resch, das Votum der Wiener Wähler als den Auftrag auf, die Verwaltung der Stadt mit den gleichen Methoden und den gleichen Zielen wie bisher fortzuführen. Die Bevölkerung ist sichtbar bereit, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn sie die Gewißheit hat, daß diese sparsamst und korrekt verwaltet und im Interesse der Förderung aller Wirtschaftszweige unserer Stadt ausgegeben werden (Beifall bei der SPÖ). Mit den Methoden einer sparsamen Verwaltung haben wir für den Wiederaufbau in kurzer Zeit wirklich Großes geleistet. Wir werden mit der gleichen Methode ebenso viel für den fortschrittlichen Aufbau unserer Stadt leisten, zum Ruhme Wiens und zum Wohle seiner Bevölkerung! (Beifall bei SPÖ und ÖVP)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wiener Verkehrszählung abgeschlossen1.638 Männer auf 556 Zählposten

17. Dezember (RK) Die vom Wiener Stadtbauamt für drei aufeinanderfolgende Tage anberaumte Verkehrszählung in den Straßen Wiens wurde heute abend abgeschlossen. Eine so umfassende Verkehrszählung, wie sie nun das Wiener Stadtbauamt durchführen ließ, wurde bis jetzt noch in keiner Großstadt vorgenommen. Das Resultat wird ein generelles Verkehrsbild im gesamten Verkehrsnetz vom Stadtkern bis an die Stadtgrenzen ergeben. An den drei Tagen machten 1.638 Zähler, Angehörige der Sicherheitswache, täglich von 6 Uhr früh bis 20 Uhr abend an 556 Punkten Aufzeichnungen über die Frequenz sämtlicher Fahrzeuge, gleichgültig ob es sich um Autos, Fahrräder oder Fuhrwerke handelte.

Die verantwortlichen Leiter der Zählung sind mit der Organisation und Durchführung dieser interessanten Aktion sehr zufrieden und loben vor allem die gewissenhafte und disziplinierte Mitarbeit der Polizeibeamten, die sich für diese Arbeit in ihrer Freizeit zur Verfügung gestellt haben.

Das Ergebnis wird nun in der Magistratsabteilung 18 - Stadtplanung, der Initiatorin des Unternehmens, nach den modernsten verkehrswissenschaftlichen Grundsätzen bearbeitet. Die Auswertung der ersten großen Verkehrszählung in Wien, die absichtlich in der frequenzstarken Zeit vor Weihnachten angesetzt wurde, wird zweifellos wertvolle Unterlagen für die weitere Verkehrsplanung ergeben.

- - -



Adoptierte Puppen

=====

17. Dezember (RK) Im städtischen Kindergarten im Stadtpark wurde vor einem Jahr vom Jugendamt der Stadt Wien die erste Adoptionsstelle für Puppen ins Leben gerufen. Damals erhielten zwölf Mädchen, acht bis zehn Jahre alt, Puppen als Pflegekinder. Mit kindlichem Eifer versprachen sie Vizebürgermeister Honay, ihre schönen Puppenkinder gut zu pflegen und monatlich einmal in der Beratungsstelle der Tante vorzustellen. Bei guter Betreuung, so wurde ihnen damals vom Leiter des Jugendamtes Senatsrat Prof. Tesarek versprochen, dürfen die Mädchen ihre Puppenkinder adoptieren.

Die Idee mit der Puppenadoptionsstelle hat in pädagogischen Kreisen überraschenderweise ein beinahe weltumspannendes Echo gefunden. Eine Filmgesellschaft macht mit den Wiener Puppenmüttern einen auch im Ausland vielbeachteten Kulturfilm.

Die ersten zwölf Wiener Puppenmütter vom Vorjahr haben ihre Probezeit gut bestanden und durften nun ihre Lieblinge adoptieren. Vizebürgermeister Honay übergab heute bei einer vorweihnachtlichen Feier im städtischen Kindergarten im Stadtpark an 23 Wiener Mädchen neue Pflegepuppen mit dem Wunsch, sie mögen von den Mädchen mit der gleichen Sorgfalt und Liebe gepflegt werden, wie es ihre Vorgängerinnen getan haben. Die "Formalitäten" mit der Adoption der zwölf Puppen vom Vorjahr besorgte dann Prof. Tesarek persönlich. In einem Schreiben des Jugendamtes wurde den Mädchen bezeugt, daß sie gute Pflegemütter sind.

- - -

Die Budgetverhandlungen im Wiener RathausGeneraldebatte und Spezialdebatte zu Finanzen

GR. Lauscher (VO) meint, daß Österreich seit dem Frühjahr im Zeichen einer gewissen Konjunktur steht, daß die industrielle Industrie gewachsen ist und auch die Produktivität sich erhöht hat. Leider haben die Arbeiter und Angestellten keinen entsprechenden Anteil, die Kaufkraft der Massen ist nach wie vor gering. Die Verschuldung der arbeitenden Bevölkerung hat in den letzten Jahren zugenommen.

Jede Konjunktur soll ausgenützt werden. Dieser Grundsatz sollte auch für die Arbeit der Gemeindeverwaltung selbst gelten. Leider zeigt aber das Budget nicht, daß die Mehrheitspartei dieses Hauses die Absicht hätte, die brennenden Wünsche und Forderungen der Wiener Bürger zu erfüllen. Die Mittel für den sozialen Wohnhausbau wurden verringert, obwohl gerade durch eine Verstärkung des sozialen Wohnhausbaues den Schwachen zu helfen wäre, was die Sozialisten in ihrem Wahlauftritt versprochen haben. Aus der Tendenz, den sozialen Wohnhausbau einzuschränken, geht hervor, daß sich die Wohnungssuchenden nicht allzuviel erwarten dürfen und daß die Volkspartei mit ihrer alten Forderung, Mittel vom sozialen Wohnhausbau abzuzweigen und zur Förderung der privaten Bautätigkeit zu verwenden, durchgedrungen ist. Die Koalitionspolitik wirkt sich also auch auf diesem Gebiet negativ aus. Auch ein Reparaturausgleichsfonds, der die Lasten der hohen Mietzinse erleichtern soll, wurde nicht geschaffen. Ebenso fehlt ein Betrag für die versprochene Modernisierung von Altwohnungen. Wir hoffen, daß im Wohnungseamt mit dem neuen Stadtrat ein neuer Geist herrschen wird. Vertrauen zu dieser Einrichtung wird die Bevölkerung allerdings nur dann gewinnen können, wenn die Wohnungsvergabe endlich unter öffentliche Kontrolle gestellt wird.

Die Gemeindeverwaltung muß alles tun, um der Bevölkerung das Leben zu erleichtern. Will man wirklich dem Schwachen helfen, dann muß man den Wunsch der arbeitenden Bevölkerung berücksichtigen, die Gas- und Strompreise senken und die Grundgebühren aufheben. Wir werden im Kampf um die Verwirklichung dieser berechtigten Forderungen nicht nachgeben.

Die Finanzpolitik der Stadt Wien entspricht keineswegs den Interessen der arbeitenden Bevölkerung, sondern lediglich den Interessen der beiden Koalitionsparteien. Seit Jahren werden dem gar nicht notleidenden Bund Geschenke gemacht, früher unter dem Titel Notopfer, in den letzten Jahren unter dem Titel Bundespräzipuum. Dazu kommt, daß die Stadt Wien das Defizit bei den Krankenanstalten noch immer allein trägt. Es macht im kommenden Jahr bei den ehemaligen Fondsanstalten 110 Millionen Schilling aus. Mit den dem Bund geopfertem riesigen Geldbeträgen hätte sehr viel für Wien geschaffen werden können und man hätte mit dem Bau einer modernen Schnellbahn beginnen können.

Das Budget zeigt weiter, daß die Ausgaben für Kultur- und Volksbildung verhältnismäßig gering sind. Es ist die Pflicht des Gemeinderates, von der Bundesregierung ein Verbot der Verbreitung von Schundliteratur und ein Verbot der Vorführung von Verbrecherfilmen zu verlangen. Wir bekennen uns zu dem 20-Punkte-Programm der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft und zum 12-Punkte-Programm des Österreichischen Bundessportrates.

Beim Gesundheits- und Wohlfahrtswesen zeigt das Budget keine entscheidenden Verbesserungen, obwohl gerade auf diesem Gebiete von beiden Koalitionsparteien sehr große Versprechungen gemacht worden sind. Wir werden weiterhin für eine Verbesserung der Fürsorgeleistungen, vor allem für eine Erhöhung der Fürsorgerenten kämpfen.

Wir vertreten auch die Forderungen des arbeitenden Wien, daß die Gemeinde endlich Maßnahmen gegen die Teuerung treffen soll. Einen wesentlichen Beitrag zur Hebung der Kaufkraft der Massen kann die Gemeindeverwaltung leisten, wenn sie die Bezüge des städtischen Personals erhöht.

GR. Lauscher kommt hierauf auf die letzten Vorfälle im Parlament zu sprechen und erklärt: Begonnen hat es mit wüsten Angriffen der ÖVP gegen die Kommunisten, geendet hat es mit dem Niederschreien eines sozialdemokratischen Emigranten. Damit beginnt es, man hetzt gegen die Kommunisten, und es endet mit Angriffen gegen sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre.

Die Serie der faschistischen Herausforderungen der jüngsten Zeit hat bekanntlich ihren Ausgang vom bekannten Fall des Major Kaes genommen. Für den Gemeinderat besteht die Verpflichtung, hiezu seine Stimme zu erheben. Denn diese Widerstandskämpfer sind ja gerade deswegen in den Kot gezerrt worden, weil sie durch eine kühne Aktion in den letzten Tagen des faschistischen Terrorregimes verhindert haben, daß Wien das Schicksal und die unvorstellbaren Leiden von Berlin geteilt hat. Aus diesem Grunde legt Rodner einen Resolutionsantrag vor, wonach allen noch lebenden Angehörigen der Widerstandsgruppe des Majors Biedermann - zu der auch Major Kaes gehörte - die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen ist.

Schließlich kommt GR.Lauscher auf die deutsche Wiederaufrüstung zu sprechen und meint, daß nach den letzten Stellungnahmen der Sowjet-Union niemand mehr daran zweifeln kann, daß die Befürwortung der deutschen Wiederaufrüstung im scharfen Gegensatz zu den Interessen Österreichs steht. Der Kurs der ÖVP nützt nur den Feinden Österreichs. Alles, was wir planen und tun, kann nur gedeihen, wenn wir alle Gefahren, die Österreich von der inneren Reaktion und dem deutschen Militarismus drohen, erfolgreich abwehren.

GR.Dr. Prutscher (ÖVP) bedauert es, daß das Budget der Stadt Wien nicht in einer ähnlichen Weise vorberaten werden kann wie das Budget des Bundes im Finanz- und Budgetausschuß des Nationalrates. Dadurch können die Sprecher der einzelnen Parteien bei den Budgetberatungen im Gemeinderat praktisch nur allgemeine Stellungnahmen zu den verschiedenen Punkten bekanntgeben. Für eine sachliche Prüfung der einzelnen Ansätze wäre eine gründliche Beratung in den Ausschüssen eine wesentliche Voraussetzung.

Der Redner erinnert an die pessimistischen Voraussagungen des Stadtrates Resch gelegentlich der letzten Budgetdebatte vor einem Jahr und betont, daß sich diese Voraussagen dank der wirtschaftsfördernden Politik der Bundesregierung, zu denen sicherlich auch die Maßnahmen der Nationalbank gehören, als unrichtig erwiesen haben. Auch dieses Budget wurde übervorsichtig erstellt. Es ist mit zu rechnen, daß der veranschlagte Abgang in der ordentlichen Gebarung mit 210 Millionen und in der außerordentlichen Gebarung mit 80 Millionen beim Anhalten der derzeitigen Wirtschaftslage voraussichtlich nicht eintreten wird.

Es wäre an der Zeit, verschiedene Gemeindeabgaben im Sinne der Steuerpolitik des Bundes einer Prüfung zu unterziehen. So wäre zu überprüfen, ob die Steuerpolitik der Gemeinde das Wirtschaftsleben in den einzelnen Bereichen anregt oder abschreckt. Ist zum Beispiel die Gefrorenessteuer für die Finanzpolitik der Gemeinde wirklich von so tragender Bedeutung, daß man die Kinder besteuern muß? Es ist dringend notwendig, einmal die Gemeindeabgaben auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung hin zu untersuchen. Es sollte einmal eine Enquete über die Gemeindesteuern einberufen werden, welche den Kammern und den anderen interessierten Stellen die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gibt, um festzustellen, was wir zum Wohle der Gesamtheit und nicht nur vom fiskalischen Standpunkt besser machen können.

Eine Gegenüberstellung der Steuererträge von 1946 und 1953 zeigt bei der Gewerbesteuer eine Steigerung auf das 15fache, bei der Lohnsummensteuer auf das 12fache und bei der Getränkesteuer auf das 8.3fache; dem gegenüber ist allerdings der Ertrag bei der Grundsteuer und bei der Vergnügungssteuer etwa nur auf das 3fache gestiegen. Das heißt aber, daß die Gemeindeabgaben einen bedeutend größeren Teil des Einkommens unserer Mitbürger nehmen, als dies 1946 der Fall war.

Im Zusammenhang damit ergibt sich die Frage, ob die Übernahme ständig neuer Aufgaben in den Bereich der öffentlichen Hand tatsächlich den einzelnen Bürger dieser Stadt glücklicher macht. Darum müssen wir auf eine gerechtere Teilung der Lasten Bedacht nehmen. Zum weiteren Ausbau unserer Stadt in ihrer europäischen Bedeutung bedarf es eines schöpferischen Gesamtplanes. Die Finanzierung der außerordentlichen Projekte müßte auf längere Zeiträume und auf mehrere Generationen verteilt werden. Mit Befriedigung können wir in diesem Sinne die Ausführungen des Finanzreferenten zur Kenntnis nehmen, daß Kreditoperationen durchgeführt werden sollen. Wir hoffen, daß ein solcher Plan bald vorgelegt wird.

Erfreulich sei die Gewährung von Kleinkrediten an kleine und mittlere Betriebe der gewerblichen Wirtschaft. Der Anfang wurde hier durch die Gewährung von ERP-Krediten gemacht, später folgte dann das Bankenkonsortium, die Girozentrale und die Zen-

tralsparkasse der Gemeinde Wien. Es wird notwendig sein, auch der Frage der Bürgerschaftsgenossenschaften die entsprechende Förderung durch die Stadt Wien angedeihen zu lassen. Eine weitere Aufgabe der Stadtverwaltung sei es auch, dem kleinen Mann die Schaffung von Eigentum zu ermöglichen und ihm auch die Chance zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen.

Auf dem Gebiete des Personalwesens ist zu hoffen, daß der neue Stadtrat nun endlich die schon so lange versprochene Verwaltungs- und Betriebsreform mit gleichem Recht für alle Beamten unserer Stadt durchführen wird. Es wäre auch Sorge dafür zu tragen, alle aus politischen Gründen erfolgten Entlassungen, Kündigungen, Pensionierungen und Verweigerungen der Dienstzeit - anrechnung nach neun Jahren endlich zu bereinigen. Auch manches von dem Unrecht, das 1938 auf diesem Gebiete geschehen ist, müsse gutgemacht werden.

Auf dem Gebiete der Kultur und Wissenschaft werden mehr schöne Worte gebraucht, als Taten gesetzt. Bei Vergleichen mit anderen Städten und Gemeinden schneide Wien unterdurchschnittlich schlecht ab. Aus dem Kultur Groschen verteilte die Gemeinde heuer 85 Prozent gegenüber bisher 75. Was gibt sie aber aus eigenen Mitteln? Zum Kulturkapitel muß auch gesagt werden, daß die Kiba keinesfalls ein besseres Programm als andere Kinos habe. Sie müßte der Förderung guter Jugendfilme bedeutend mehr Augenmerk zuwenden. Leider hat sie oft das Profitinteresse über das Kulturinteresse gestellt (Beifall bei der ÖVF). Auch die Ansätze für das Schulwesen, die nunmehr im Kulturbudget aufscheinen, seien gegenüber anderen Städten unter dem Durchschnitt.

Von besonderer Bedeutung wäre auch die Förderung der Familie. Die Stadtverwaltung müßte eine weitaus familienfreundlichere Politik betreiben. Dies gilt nicht nur für den Wohnungsbau, sondern auch für die soziale Fürsorge, die sich nicht allein auf Säuglingswäschepakete erstrecken dürfe. Die öffentliche Fürsorge müßte überhaupt mit der privaten Fürsorge Hand in Hand gehen und jeden Menschen individuell behandeln. Es kommt darauf an, daß die Hilfe am wirkungsvollsten geschieht, egal ob vom Magistrat oder einer privaten Fürsorgeorganisation. B kennen wir uns zu der Verpflichtung dieser Stadt, alle bedürftigen Bürger entsprechend und ausreichend zu betreuen und zu versorgen, ohne damit Parteipolitik zu betreiben.

Neben der Jugend- und Erwachsenenfürsorge und den anderen öffentlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Horten usw. müssen auch die charitativen Verbände anerkannt und weitgehend unterstützt werden.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß nach jahrelangen Forderungen der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses endlich in Angriff genommen werden soll. Besonders zu begrüßen sei auch, daß nach langem Widerstand die Zahl der Gesundenuntersuchungsstellen vermehrt werden konnte. Zu der erfolgten Erhöhung der Verpflegskosten auf 105 Schilling sei zu sagen, daß man hier vielleicht durch verschiedene organisatorische Maßnahmen Verbilligungen erreichen könnte. Es wäre zum Beispiel zu erwägen und zu überprüfen, ob nicht die Reinigung der Spitäler durch Reinigungsfirmen billiger käme, als durch das eigene Personal.

Im Bauwesen wiederum müßte besonderer Wert auf eine langfristige Planung gelegt werden. Zwischen dem Bau von Gemeindehäusern und dem von Privathäusern müßte auch eine Zwischenlösung in Erwägung gezogen werden. Jenen Grundbesitzern, denen die Gemeinde ihre Gründe enteignen will, weil sie nicht bauen können, müßte durch Sanierungsmittel geholfen werden. Es würden dadurch auch private Mittel ins Rollen kommen. Auf der anderen Seite würde die Gemeinde dadurch auch Gelder sparen, und damit große Planungen verwirklichen können, wie zum Beispiel den Bau einer U-Bahn. Zusätzliche Mittel müßten auch zur Hilfe der Assanierung von Althäusern gewährt werden. Man muß auch dem Siedler helfen, bevor er zu einem wilden Siedler wird. Hier sollte man gleichfalls planen und Vorsorge treffen.

Was den Wohnungsbau betrifft, so hält die ÖVP den kommunalen Wohnbau weiterhin für notwendig. Sie ist jedoch der Meinung, daß sich der soziale Wohnungsbau nicht restlos mit dem kommunalen deckt. Auch der genossenschaftliche Wohnbau und der Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen gehört zum sozialen Wohnhausbau (Gegenrufe bei der SPÖ, Beifall bei der ÖVP).

Die Einseitigkeit auf dem Bausektor wirkte sich auch auf das Wohnungsamt aus.

Man hat der ÖVP den Schritt in die Öffentlichkeit vorgeworfen. Durch Jahre hindurch haben die Gemeinderäte der Volkspartei jedoch versucht, den Amtsführenden Stadtrat zu sprechen und Antwort auf ihre Frage gefordert. (Stadtrat Koci: Weil sie ihre Protektionskinder nicht unterbringen können! - Stürmische Gegenrufe bei der ÖVP) Es durfte Ihnen ja, sagte der Redner, zu Stadtrat Koci gewendet, keiner von uns in die Nähe kommen, der nicht die entsprechende Punktezahl hatte. Man erwartet von dem neuen Leiter des Wohnungsamtes, daß er sein Ressort nach sachlichen Gesichtspunkten führen und auch die Frage der beschlagnahmten Möbel und Schrebergärten lösen werde (Beifall bei der ÖVP),

Abschließend sagte der Redner, man könne im großen und ganzen feststellen, daß das Budget die Verwirklichung einer Reihe von Anregungen enthält, die von der ÖVP gemacht wurden. Eines wollen wir schließlich alle, daß unser Land, unser Wien wirklich frei werde. Aber eine freie Stadt kann nur auf einer freien Gemeinde beruhen. Die freie Gemeinde kann nur dann richtig bestehen, wenn der einzelne Bürger darin richtig frei ist! (Beifall bei der ÖVP)

GR.Dr. Soswinski (VO) beschäftigt sich in seiner Rede mit der gegenwärtigen Wirtschaftskonjunktur in Österreich und meint, daß die Gemeinde Wien alles tun müßte, um sich wenigstens einen Teil der Millionenprofite zu sichern. Sie müsse aber auch die Konjunktur benützen, um eine Reihe von Verbesserungen durchzuführen. Der Redner wendet sich dagegen, daß sich die Stadt Wien von Finanzminister Kamitz ins Schlepptau nehmen lasse, jenem Mann, der die Interessen der Profitmacher vertritt. Stadtrat Resch hat behauptet, daß die Gemeinde Wien von den Steuerschulden der Reichen nicht betroffen sei. Der Redner hält dem die Zahlen aus den Bundesabschlüssen der letzten Jahre gegenüber. Allein bei der Einkommensteuer gab es Ende 1951 690 Millionen Schilling Schulden, Ende 1952 bereits 817 Millionen und Ende 1953 sogar 1.099 Millionen Steuerschulden. Ähnlich ist es bei der Gewerbesteuer und anderen Steuern. Stadtrat Resch könne doch nicht ernstlich glauben, daß ausgerechnet Wien nicht von diesen Steuerschulden betroffen ist.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen verlangt Dr. Soswinski nachdrücklich die Einführung von Luxussteuern und gleichzeitig die Senkung der indirekten Steuern. Statt dessen betreibe jedoch

./.



die Mehrheitspartei dieses Hauses eine Politik der stillschweigenden Unterstützung der Millionenverdiener. Weiter verlangt der Redner die Wiederherstellung der ursprünglichen Steuerrechte oder zumindest das Wegfallen des Bundespräzipuums. Wien muß endlich von seinen Einnahmen wieder jene zurückgewinnen und die Steuern und Abgaben erhalten, die es seinerzeit in der Ersten Republik besessen hat.

Ein deutlicher Beweis, wie wenig sozial die Gemeinde bei der Schaffung ihrer Einnahmen vorgehe, seien die wiederum steigenden Erträgnisse aus den Gebrauchsgebühren bei Gas und Strom. Wie wäre es, wenn man zum ersten Mal in der fünfzigjährigen Geschichte der Wiener Verkehrsbetriebe neue Verkehrsmittel aus den Steuermitteln der Stadt und nicht aus den Groschen der Straßenbahnbenützer kaufen würde? Bei der Wohnbauförderung müsse man die Wandlung vom sozialen Wohnhausbau zum genossenschaftlichen Bau als eine sehr gefährliche Entwicklung ansehen, weil bereits heute die Darlehen und Gehaltsvorschüsse für diesen Zweck ein sehr hohes Ausmaß erreicht haben. Die in diesem Budget vorgesehene Kulturförderung sei einer so großen Stadt, wie es Wien ist, unwürdig.

Entscheidend bleibe, daß die gesamte Summe der veranschlagten Einnahmen für das Jahr 1955 kleiner sei als die tatsächlichen Einnahmen des Jahres 1953. Der gleiche Betrag wie damals wäre aber heute bereits weniger. Die Gemeinde Wien könne infolge der Finanzpolitik des Bundes und der stillschweigenden Duldung des gegenwärtigen Zustandes nicht zu dem Ergebnis kommen, das die arbeitende Bevölkerung verlange. Es gehe nicht an, daß sich die Gemeinde Wien schützend vor die Finanzpolitik des Bundes stelle. Auch die Finanzpolitik der Gemeinde werde nicht im Interesse der arbeitenden Menschen betrieben. Sie sei in das Schlepptau des Finanzministers Kamitz geraten, des Schützers und Protektors der Millionäre. Aus diesem Grunde lehne die Volksopposition die Ansätze der Gruppe Finanzwesen ab.

GR. Maria Jacobi (SPÖ) weist darauf hin, daß der vorliegende Voranschlag der Stadt Wien das zehnte Budget nach Beendigung der Zeit des Faschismus und des Krieges ist, und führt aus:

Hätte uns damals jemand gesagt, daß wir den zehnten Haushaltsplan auch noch als unfreies Volk, als besetztes Land und als besetzte, in vier Teile geteilte Stadt beraten werden, dann hätten wir es kaum für möglich gehalten. Zehn Jahre sind ins Land gezogen, aber Österreich und seine Hauptstadt Wien ist noch genau so unfrei wie im Jahre 1945. Anlässlich dieses Jubiläums ist es Zeit, wieder einmal die Bitte an die Großmächte dieser Welt zu richten, doch endlich diesem Volk die Freiheit zu geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir alle, die wir unter dem Druck der Unfreiheit stehen, leiden viel weniger darunter als jene zehntausenden Väter und Söhne, die noch im fremden Land hinter Stacheldraht auf ihre Freiheit warten. Ich möchte daher, sagt Rednerin, nicht nur an die Regierung der Sowjetunion, ich möchte meine Bitte an die russischen Frauen und Mütter richten, die doch genau das selbe Leid wie unsere Frauen kennen, deren Väter, Söhne und Männer auch im Krieg waren, sie sollen aus Solidarität mit ihren österreichischen Schwestern doch unsere Bitte bei ihrer Regierung unterstützen, damit unsere letzten Kriegs- und Zivilgefangenen wieder heimkommen. (Erneuter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wenn ich heute, setzt Gemeinderätin Jacobi fort, hier die Ehre habe, im Namen der sozialistischen Mehrheit dieses Hauses zum Budget zu sprechen, so nehme ich das auch als Anerkennung für jene 337.000 Frauen, die am 17. Oktober sozialistisch gewählt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Die Mehrheit der Wienerinnen hat sich damit zur Sozialistischen/Partei und zur sozialistischen Idee bekannt. Am Wahltag wurde bewiesen, daß die Wiener Bevölkerung sich nicht von leeren Versprechungen bluffen läßt, sondern daß für die Wiener Bevölkerung in erster Linie die Taten sprechen. Diese Taten waren es, die dazu geführt haben, daß wir heute im Gemeinderat auf eine festgefügte und fundierte sozialistische Mehrheit blicken können. Die Wiener Bevölkerung hat erkannt, daß sozialistisch denken und sozialistisch wählen gleichbedeutend ist mit menschlich denken und gleichbedeutend ist damit, daß man dem einzelnen, auch dem Ärmsten hilft und nicht nur einer kleinen Schichte.

Wie ein roter Faden ziehensich durch alle Wiener Haushaltspläne die arbeitschaffenden Investitionen. In den ersten Jahren nach dem Kriege konnten wir nicht sehr viel große neue Werke schaffen, es galt damals, die lebensnotwendigsten Dinge zu tun. Zum Unterschied von damals können wir heute an die Seite der lebensnotwendigen Dinge die planvolle Gestaltung des neuen Antlitzes dieser Stadt stellen. Wir haben in den letzten Jahren versucht, nicht nur die Wunden des Krieges zu heilen und den vernichteten Wohnraum zu ersetzen, wir haben darüber hinaus versucht, planmäßig neben dem Aufbau in den Mauern dieser alten Stadt eine neue, junge Stadt wachsen zu lassen, die sich angleicht und anpaßt an diese alte Stadt Wien. Hier zeigt sich ein neues Gesicht unserer Stadt. Es war kein leichter Weg in diesen zehn Jahren, aber wir können zurückblickend feststellen, daß es diese zehn Jahre auf einer steilen Treppe aufwärtsgeht. Das ist nur möglich gewesen, weil vom ersten Augenblick an in unseren Haushaltsplänen an erster Stelle arbeitschaffende Investitionen standen.

Heute ist die Gemeinde Wien nicht nur der größte Arbeitgeber, da rund 200.000 Menschen direkt von Gehältern und Pensionen dieser Stadt leben, die Gemeinde Wien ist auch der größte Bauherr dieser Stadt. Rund eine Milliarde wird jährlich für das Bauwesen ausgegeben. Diese Ziffer allein sagt schon, wie groß der Einfluß der Gemeinde Wien auf die gesamte Wirtschaft dieser Stadt ist. Ein sehr hoher Prozentsatz der Menschen, die in dieser Stadt einer Arbeit nachgehen, haben diese Arbeit durch die Investitionstätigkeit der Gemeinde.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien ist ein Beitrag zur sozialen Gesundung dieser Stadt, weil die Menschen nicht abhängig sind von einer Unterstützung, sondern ihr Einkommen haben, wenn dieses auch noch nicht immer ausreichend ist. Wenn es uns gelingt, in unserem Sinne weiterzuarbeiten, wenn wir die Ruhe, den Frieden und die Freiheit dazu haben werden, dann werden auch die arbeitenden Menschen dieser Stadt den erhöhten Lebensstandard früher erhalten können, als sie es vielleicht heute noch denken.

./.

Soziale Befriedigung, Arbeit und Brot sind aber auch eine Sicherung gegenüber allen politischen Abenteurern, die es versuchen wollten, die Menschen dieses Staates und dieser Stadt irrezuführen. Und vor allem heißt Arbeit schaffen auch, der Jugend den Glauben an die Gegenwart und an die Zukunft zu geben (Beifall bei den Sozialisten). Wir alle erstreben ein friedliches und geeintes Europa. Eine Jugend, die den Glauben an ihre Kraft hat, die den Glauben an eine Gesellschaftsordnung hat, eine solche Jugend wird auch imstande sein, dieses kommende friedliche Europa zu bauen und zu schützen. (Neuerlicher Beifall bei den Sozialisten.) Daß das alles möglich war, ist der Finanz- und Steuerpolitik der sozialistischen Stadtverwaltung zu danken. Es ist vor allem dem Umstand zu danken, daß wir an erster Stelle das arbeitschaffende Investitionsprogramm haben.

Wir bekennen uns zu diesen Haushaltsplänen und zu dem Haushaltsplan 1955. Wir begrüßen es, daß er so ausgewogen ist, daß an erster Stelle das Bauwesen, an zweiter Stelle die Fürsorge und an dritter Stelle Wohlfahrt, Personal und Kultur stehen.

Daß die Kommunisten die Leistungen dieser Stadt kritisieren und negieren, das sind wir gewohnt, das ist ihre Aufgabe. Wenn GR. Lauscher meint, daß wir zu wenig Wohnungen bauen, dann kennt er wahrscheinlich nicht das Programm der Sozialistischen Partei und weiß nicht, daß wir der Wiener Bevölkerung versprochen haben, bis 1954 25.000 Wohnungen zu bauen und daß wir fast 30.000 Wohnungen fertiggestellt haben. (Beifall bei den Sozialisten. - Rufe bei der Volkspartei: Wer? - Aus Steuergeldern! Das sind Gelder aller. - Gegenrufe bei den Sozialisten.) Die Wiener Bevölkerung weiß, daß wir dieses Versprechen halten! In der Tschechoslowakei wurde im Verhältnis zur Einwohnerzahl um 43 Prozent weniger gebaut, in Ungarn um zwei Dritteln weniger, in Polen um 64 Prozent weniger, in der Sowjetunion um 16 Prozent weniger, Rumänien hält den traurigen Rekord, dort wurden nur 13 Prozent der Wohnbauleistungen von Österreich erzielt. Wenn wir uns dies ansehen, dann müssen wir sagen, hat GR. Lauscher kein Recht mehr, davon zu sprechen, daß Österreich zu wenig baut.

./.

Bei der Volkspartei sollte es aber nicht selbstverständlich sein, daß sie alles hier Geleistete verkleinert und negiert, denn immerhin verwaltet sie in dieser Stadt mit. Sie nörgelt nur immer, und das ist ein Zeichen der Schwäche. Es zeigt aber auch, daß doch sehr viel geleistet wurde, denn sonst hätte sie eine andere Möglichkeit der Kritik. Der Herr GR. Dr. Prutscher stellt fest, daß die Steuern nur dann zweckentsprechend wären, wenn sie belebend wären. Wenn er im gleichen Atemzug davon spricht, daß das Budget Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer aufweist, dann ist das allein schon ein deutlicher Beweis dafür, daß die Wirtschaft durch das Steuersystem der Stadt Wien belebt wird. (Beifall bei den Sozialisten.) Er hat auch gemeint, daß wir Sicherheit nicht nur gelenkt von oben, sondern durch Eigentum geben sollen, und daß Demokratie Freiheit des einzelnen heißt. Es ist für uns selbstverständlich, daß Demokratie nicht Willkürherrschaft von einigen wenigen heißt. Demokratie heißt auch nicht das Züchten von Egoismus. (GR. Schweiger: Das hat kein Mensch behauptet!) Egoismus ist es, wenn Sie verlangen, daß jeder einzelne tun und lassen kann, was er will. Und wenn wir den sozialen Gedanken in unserem Programm haben, deshalb, weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht so reich ist, um sich Eigentum zu schaffen, weil die Mehrheit der Bevölkerung die soziale Leistung braucht, um ihren Lebensstandard erhöhen zu können. Und wenn er sagt, seit Jahrzehnten herrecht hier eine familienfeindliche Regierung, dann weiß ich nicht, ob er damit die elf Jahre Faschismus, ob er die Zeit zwischen 1934 und 1938 meint, (Zustimmung bei den Sozialisten.) Die Volkspartei kann sich von dieser Zeit nicht distanzieren, denn es sitzen noch immer zwei Herren hier, die damals Ratsherren dieser Stadt waren. (Hört, hört!-Rufe bei der SPÖ.) Und damals hat diese Regierung für die Wiener Bevölkerung ein so großes soziales Herz gehabt, daß sie ihr sieben Familienasyle baute und sonst nicht eine einzige Wohnung. (Neuerliche Zustimmung bei den Sozialisten.) Oder war es familienfreundlich, daß zur Zeit Luegers Familien mit Kindern von den Hausherrn vor die Tür gesetzt wurden? (Rufe bei der ÖVP: Lueger war kein Hausherr! - Heiterkeit bei der SPÖ.)

Zwischen 1918 und 1934 hatten wir auch große Arbeitslosigkeit in diesem Staat, wobei die Menschen nicht wußten, wovon sie leben sollten, und damals haben Ihre Vertreter in diesem Hause das Wort von der Fürsorgeinflation geprägt. Damals waren Sie noch ehrliche Gegner, heute sind Sie ja nur mehr Demagogen (Zustimmung bei den Sozialisten. - Heiterkeit bei der ÖVP), die nicht den Mut haben, der Wiener- und österreichischen Bevölkerung ehrlich zu sagen, wie Ihre Weltanschauung ist und daß Sie die Vertreter der Besitzenden, aber niemals der Arbeitenden dieser Stadt sind. Sie erinnern nur an die schönen Zeiten dieser Stadt, wir erlauben uns, an die Kehrseite zu erinnern, damit die Bevölkerung nicht vergißt, wer hinter dieser Maske steckt.

Die Volkspartei verweist immer darauf, daß wir mit Steuergeldern bauen, die von der ganzen Bevölkerung kommen. Ja, aber die Mehrheit der Wiener Bevölkerung sind Sozialisten und gehören der arbeitenden Klasse an. 53 Prozent der Bevölkerung haben sich für die Sozialistische Partei entschieden, 33 Prozent für die Volkspartei, und von diesen 33 Prozent gehört gewiß nur ein geringer Teil den arbeitenden Schichten an. Und im Wesen der sozialistischen Steuerpolitik liegt es, daß das Geld von jenen genommen wird, die mehr haben. Aber in der Demokratie ist auch ein Grundsatz die Solidarität mit jenen, die die Ärmsten dieses Volkes sind und für diese bauen wir unsere Häuser.

Die Stärke des Finanz- und Steuerplanes dieser Stadt liegt vor allem darin, daß es <sup>uns</sup> gelungen ist, die Bausaison langsam über das ganze Jahr auszudehnen. Heute kann unser Finanzreferent sagen, daß unsere Stadt schuldenfrei und kreditwürdig ist, weil diese kluge Finanz- und Steuerpolitik diese Ergebnisse gezeitigt hat. Dafür danken wir unserem Stadtrat Resch (Beifall bei den Sozialisten). Wir sind gleich ihm der Meinung, daß an diesem Finanz- und Steuersystem nicht gerüttelt werden darf, und die Mehrheit dieses Hauses wird es zu verteidigen wissen. Wenn uns immer wieder der Vorwurf gemacht wird, daß die Stadt Wien und ihr Finanzreferent bisher für große Bauten keine Kredite aufgenommen haben, so hat Stadtrat Resch wiederholt darauf hingewiesen, daß wir nicht grundsätzlich gegen Kredite und Anleihen sind.

Wir sind nur dafür, daß man nicht eine Stadt zu früh und zu stark verschuldet. Kredite soll man erst dann aufnehmen, wenn es für einmalige und wichtige Investitionen notwendig ist. Diesen Zeitpunkt werden die Sozialisten rechtzeitig wahrnehmen.

Wenn wir heute von Stadtrat Resch gehört haben, daß bei den Finanzausgleichsverhandlungen wieder Angriffe gegen die Stadt Wien vorgesehen waren, muß man den Vertretern der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung bringen, daß sie Vertreter dieser Stadt sind. Bei den künftigen Finanzausgleichsverhandlungen im Nationalrat mögen sie sich dann für das Wohl der Stadt Wien ohne Partei-rücksichten einsetzen.

Wenn wir uns zu dem vorliegenden, großangelegten und wohlausgewogenen Budget bekennen, so deshalb, weil es das Fundament und die Grundlage für die Durchführung des Wahlprogrammes der Sozialistischen Partei ist. Wenn wir durch die Straßen unserer Stadt gehen, dann können wir schon den Atem einer neuen Zeit verspüren. Diese neue Zeit wird es sein, in der Wien wieder eine Weltstadt sein wird, eine Weltstadt des sozialen Gewissens, getragen auf den Schultern der gesamten Bevölkerung dieser Stadt. Wenn Ausländer nach Wien kommen, sind sie überrascht von dem Aufbau in dieser Stadt. Die Stadtverwaltung allein hätte diesen Aufbau ohne die Hilfe der Wiener Bevölkerung nicht vollbringen können. Aber weil die Wiener Bevölkerung sich so unbedingt zu dieser Arbeit und zu diesem Aufbauwerk, geführt von den Sozialisten, bekannt hat, können wir der gesamten Welt sagen, das, was ihr hier seht, ist erst ein Anfang. Die Sozialisten in dieser Stadt und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung sind die Gewähr dafür, daß dieser Anfang seine Fortsetzung findet, daß diese Stadt schöner, größer und reicher erstehen wird; zum Wohle der Jugend und um der Jugend einen Weg in eine bessere, schönere und sichere Zukunft zu schaffen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Resch stellt in seinem Schlußwort fest, daß ein Großteil der aufgeworfenen Gegensätze schon von Gemeinderätin Jacobi beantwortet wurde. Die Besorgnis des GR. Lauscher, daß die Tendenz vom sozialen Wohnungsbau zum Genossenschaftsbau umschwenke und sich unsozial auswirken würde, sei unbegründet.

Der Wohnungsbedarf der Wiener Bevölkerung sei ja nicht nur bei den wirtschaftlich schlecht Gestellten vorhanden, sondern auch bei wirtschaftlich besser situierten Familien. Wenn es der Stadtverwaltung nun möglich sein wird, diese besser situierten Schichten, die einen echten Wohnungsbedarf haben, auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu verweisen, ersparen wir damit, daß wir aus dem sozialen Wohnungsbau den echten Wohnungsbedarf dieser Schichten decken müssen. Man kann sogar davon überzeugt sein, daß damit der soziale Wohnungsbau in einem größerem Umfang als bisher, den schlechter situierten Menschen dieser Stadt zur Verfügung stehen wird. Zur Frage des GR. Lauscher, warum sich die Nationalräte im Parlament nicht gegen die beabsichtigten Maßnahmen der Steuerreform gestellt haben, ist zu sagen, daß die Nationalräte ja nicht nur die Interessen der Gemeinden und der Stadt Wien allein zu vertreten haben, sondern auch die Interessen der Steuerzahler, vor allem die der niederen Einkommen. Deran, daß von der Steuerreform auch die hohen Einkommen erfaßt wurden, trage die Sozialistische Partei keine Schuld.

Zur Frage der Verkehrsverbesserung müsse noch um etwas Geduld gebeten werden. So große Aufgaben, wie die der Lösung der Verkehrsprobleme dieser Stadt, kann man nicht ohne Überlegungen lösen. Dies muß gründlich und unter Heranziehung der besten Fachleute geschehen. Die Sozialistische Partei habe jedoch bewiesen, daß sie das in ihrem Wahlprogramm Versprochene noch immer restlos durchgeführt hat, sehr zum Mißvergnügen der anderen Parteien. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Lauscher hat auch die selben Forderungen hinsichtlich der Bezüge der Gemeindeangestellten vorgebracht, die die Kommunistische Partei derzeit in verschiedenen Institutionen der Gemeinde Wien beim Personal durchzusetzen versucht. Man muß zugeben, daß die Beunruhigung der Arbeiter- und Angestelltenschaft über die nicht zu bändigenden Preissteigerungen berechtigt ist. Man darf aber nicht vergessen, daß gerade bei den öffentlichen Angestellten Aktionen bezüglich ihrer zukünftigen Bezugsgestaltung im Gange sind. Es ist dies nicht nur die mit 1. Jänner fällige zweite Steuerreform und die 3. Etappe der Entnivellierung. Die Gewerkschaften fordern vielmehr eine Gehaltsregelung und eine Regelung der Zulagen. Es bedeutet dies keine Gehaltsregelung in Form einer Erhöhung, sondern daß die zwei Schemata, die es noch gibt,



zusammengelegt werden. Solche Aktionen sollen durch Außenstehende nicht gestört werden. Die frei gewählten Vertreter des Personals, das sind die Gewerkschaften, werden verhandeln.

Zu der Forderung des GR.Dr. Prutscher, der Bevölkerung eine Chance zu geben, auf eigenen Füßen zu stehen, ist zu sagen, daß die großen Massen der Arbeiter und Angestellten nicht die materiellen Voraussetzungen haben, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Sie brauchen die Politik der Gesamtheit (Beifall bei der SPÖ). Wenn GR. Prutscher meinte, daß die Gewerbesteuererinnahmen zu gering angesetzt waren, hat er bestimmt nicht den Abfall der Randgemeinden eingerechnet, und die Änderungen, die sich durch den abgestuften Bevölkerungsschlüssel ergeben werden. Dr. Prutscher hat auch gemeint, es wäre ein Widerspruch im Voranschlag, und zwar in der Berechnung der Ertragsanteile und des Bundespräzipiums. Die Ertragsanteile, die wir weniger haben, entsprechen ungefähr dem Bevölkerungsabgang. Beim Bundespräzipium mußte jedoch mit Niederösterreich eine Sonderberechnung angestellt werden, weil sich nur diejenigen gemeinschaftlichen Bundessteuern nach der Bevölkerungszahl richten, die nicht nach anderen Grundsätzen verteilt werden. Die Einkommensteuer z.B. wird nach dem Aufkommen verteilt. Man mußte die Stadt Wien anerkennen, daß die Einkommensteuer in den Randgemeinden wesentlich geringer ist als im restlichen Wien. Wir konnten daher von Niederösterreich nicht verlangen, daß es volle 9 Prozent des Bundespräzipiums übernimmt, daher haben wir nur 7 Prozent auf Niederösterreich überwältzt.

Zu den Fragen der städtischen Steuerpolitik führte der Referent zunächst aus, daß die Gefrorenessteuer kein finanzielles Problem war und ist. Sie wurde vielmehr eingeführt, weil die Getränkesteuer nach und nach auf die Hälfte zurückgegangen wäre. Alles war auf einmal steuerfreies Gefrorenes. Seit der Einführung der Gefrorenessteuer ist auch tatsächlich das Getränkesteueraufkommen wesentlich gestiegen.

./.

Im allgemeinen meinte Stadtrat Resch zur Steuerpolitik, daß hier die Gegensätze grundsätzlicher Art seien. Wenn die Volkspartei eine Enquete verlange, weiß man, wohin das führen soll. Die ÖVP will zurück zum Obrigkeitsstaat, sie will der Stadt Wien die Einnahmen der Reihe nach nehmen, denn in Wirklichkeit passen ihr die Leistungen nicht, so sehr sie immer wieder Leistungen fordert (Beifall bei der SPÖ). Es ist aber Pflicht jeder Gebietskörperschaft, dafür zu sorgen, daß durch ihre Hilfe Wirtschaftskrisen vermieden werden (Beifall bei der SPÖ).

Dr. Prutscher hat auch verlangt, daß die Stadt Wien bei Krediten Bürgschaften übernehmen soll. Diese Einrichtung besteht bereits. Wir haben zum Beispiel Bürgschaften für alle Renovierungskredite beschlossen.

Der Redner der ÖVP hat dann Zahlen bekanntgegeben, durch die er nachzuweisen versuchte, daß die Stadt Wien bei den Schulbauten weniger als andere Gemeinden getan hat. Die Leistungen auf diesem Sektor kann man aber nicht nach absoluten Zahlen beurteilen. Hier muß man auch untersuchen, welchen Status an Schulbauten die betreffende Gemeinde schon erreicht hat. Zweitens wurde hier einfach übersehen, daß wir mehr als hundert Schulen in Wien wieder aufbauten, die schwer kriegsbeschädigt waren, während viele Gemeinden im Westen überhaupt keine beschädigten Schulen hatten. Schließlich darf man nicht vergessen, daß in Wien die Schülerzahl leider zurückgeht. In ungefähr drei Jahren werden 68 Schulen in Wien unbenutzt stehen. Trotzdem bin ich der Überzeugung, sagte Stadtrat Resch, daß in anderen Gebieten der Stadt noch Schulen gebraucht werden.

Zu dem Einkauf der Spitäler bei den Fleischwerken stellt Stadtrat Resch fest, daß man natürlich von allen Anstalten verlangt habe, ihren Fleischbedarf bei jenem Unternehmen zu befriedigen, das zu 50 Prozent der Gemeinde gehört; allerdings unter der Voraussetzung, daß keine höheren Preise bezahlt werden.

Bei der Verwaltungsgruppe VI hatte Dr. Prutscher beanstandet, daß keine Planung für die U-Bahn vorhanden sei, aber dennoch bei Oper und Praterstern Rücksicht auf die U-Bahn genommen wurde. Zu dieser Überlegung braucht man aber keine Planung. Stadtrat Resch versicherte, daß gegenwärtig keine U-Bahnplanung außer den Plänen

aus der Nazizeit besteht.

Der Redner der ÖVP hat auch wieder das Wohnungseigentum in den Vordergrund geschoben. Aber Geld zinsfrei auf 100 Jahre aus öffentlichen Mitteln, so fragte Stadtrat Resch, ist das ein wirtschaftlich vertretbarer Kredit oder ist das nicht Mißbrauch von Steuergeldern zur Schaffung von privatem Eigentum? (Beifall bei der SPÖ. - Dr. Prutscher: Aber auch der Mietaufwand ist nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erstellt!) Das ist vertretbar, replizierte der Referent, solange öffentliches Eigentum geschaffen wurde. Unser Grundsatz ist es, mit öffentlichen Mitteln öffentliches Eigentum zu schaffen und den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt nichts, was die ÖVP nicht schon vorgeschlagen hätte, meinte der Referent abschließend zu den Ausführungen Dr. Prutschers; aber es kommt darauf an, wer die Gelder so verwaltet, daß für die Allgemeinheit das Beste in dieser Stadt geschaffen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu einer Anfrage des GR. Dr. Soswinski wegen des Finanzausgleiches erklärt der Referent: Wir haben in den letzten acht Jahren in keinem einzigen Fall die Interessen der Stadt Wien schlechter behandeln lassen als die der anderen Gemeinden Österreichs. Sollte einmal ernstlich ein solches Ansinnen an diese Stadt gestellt werden, dann bin ich überzeugt, daß alle Mitglieder des Gemeinderates hinter mir stehen werden und müssen, es sei denn sie setzen sich der Gefahr des Verlustes ihrer politischen Existenz aus, denn niemand wird sich als Politiker dieser Stadt halten können, der jemals zustimmt, daß Wien schlechter behandelt wird als ein anderes Land oder eine andere Gemeinde.

Zu der Kritik an dem geringen Prozentsatz des Kulturbudgets im Voranschlag betont er: Wenn im Gemeindebudget 1.2 Milliarden Schilling für den Bauaufwand enthalten sind, muß natürlich dieser hohe Bauaufwand den Prozentsatz aller anderen Aufwendungen senken. Man sollte diesen Vorzug des Wiener Budgets nicht als einen Nachteil hervorkehren.

Abschließend erklärt Stadtrat Resch: Wir vom Finanzressort geben dem Hause die Zusicherung, daß wir uns nach wie vor bemühen werden, objektivst, korrekttest und sparsam mit den Geldern der Öffentlichkeit umzugehen. Ich kann das Versprechen abgeben, daß wir in dem Geist des Fortschrittes, der uns bisher bei der Budgeterstellung und bei der Ausgabenbeeinflussung dieser Stadt beherrscht hat, weiterhin die Gelder dieser Stadt verwalten werden. Wir werden versuchen, mit den gleichen Methoden und den gleichen Zielen das zu erreichen, was uns als höchstes Ziel in unserem Lande erscheint: den Schwachen zu helfen, dem Volke zu dienen! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ)

Bürgermeister Jonas nimmt hierauf die Abstimmung vor.

Die Ansätze der Gruppe II, Finanzwesen, werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag Leuschers auf Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Wien an alle noch lebenden Angehörigen der Widerstandsgruppe Major Biedermann wird gemäß dem Vorschlag des Berichterstatters einstimmig dem Kulturausschuß zugewiesen.

Die Sitzung wird um 21.15 Uhr unterbrochen.

- - -